Arbeiter-Zeitung

Das Abonnement
der täglich (außer an Sonn- und Festtagen) erscheinenden „Arbeiter-Zeitung" mit Unterhaltungsbeilage kostet monatlich frei ins Haus 1 Mk. Expedition und Redaktion: Dortmund, Kielstraße 5. Fernsprecher 913 und 914.

Sozialdemokratisches Organ
für das östliche industrielle Ruhrgebiet.
Verbreitungsgebiet: die Reichstagswahlkreise
Dortmund-Hörde, Hamm-Soest
sowie Arnsberg, Lüdinghausen, Münster, Tecklenburg.
Publikations-Organ der freien Gewerkschaften.

Inserate
kosten die siebengespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 25 Pfennig, bei dreimaliger Wiederholung Rabatt. Inserate müssen bis 4 Uhr in der Expedition abgegeben sein. Kleine Anzeigen nur bei Vorausbezahlung.

Nr. 223. | Dortmund, Samstag, den 22. September 1917. | 27. Jahrg.

Die Entscheidungsschlacht um die Zukunft Deutschlands steht bevor.

Nicht meinen wir das Ringen unserer Feldgrauen mit den **Feinden** an den Fronten, sondern die Entscheidungsschlacht um **die innerpolitische Entwickelung**, zunächst um das Wahlrecht in Preußen. Es ist angekündigt worden, daß die Vorlage soweit fertig gestellt ist und im Oktober dem preußischen Landtag vorgelegt werden soll. Nach offiziösen Meldungen soll die Vorlage, dem Versprechen des Königs gemäß, das gleiche Wahlrecht ohne Pluralisierung der Stimmen bringen. Das heißt: die Regierung erfüllt ihre Pflicht und löst das Versprechen des Königs ein.

Es wäre vermessen und sträflicher Leichtsinn, nun zu glauben, daß alle Fährnisse überwunden seien. Das Wahlrecht wird und muß kommen, das ist unsere Ueberzeugung, das ist der unbeugsame Wille des Volkes. Aber es ist auch unsere feste Ueberzeugung, daß es noch einen **heißen Kampf kosten wird, den Widerstand der privilegierten Wahlrechtsfeinde zu überwinden.** Die Konservativen werden mit allen Mitteln den Kampf aufnehmen, die Wahlreform zu verhindern. Sie, die sich sonst immer auf das Wort des Königs berufen, werden ihm Widerstand leisten, denn sie sollen auf ihre Vorrechte im Staate verzichten. Bei ihnen gilt noch immer der Grundsatz: Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut! Aus den Reihen der Konservativen wird bereits Obstruktion angekündigt, die Beratung und Verabschiedung des Gesetzes soll jahrelang hinausgezögert werden. **Der Krieg soll erst beendet sein, nachher wird man schon sehen, wie man den Arbeitern und dem Volke aufspielt.**

Mit der feindlichen aktiven Gegnerschaft der Konservativen ist also unter allen Umständen zu rechnen. Aber auch in den Reihen der bürgerlichen Parteien, die sich für die Wahlreform erklärt haben, gibt es unsichere Kantonisten genug, die sogleich umfallen und zu den konservativen Wahlrechtsfeinden stoßen werden, wenn die Regierung sich schwach zeigt. Eine Zeit politischer Hochspannung, wie sie Preußen-Deutschland in Hinsicht der inneren Politik noch nicht erlebt hat, werden uns die nächsten Monate bringen. Die Gegner des Wahlrechts sind gerüstet und werben neue Anhänger. Die alldeutschen Kriegstreiber, die sich in ihren annektionistischen Spekulationen enttäuscht sehen, organisieren einen Sturm gegen die Mehrheits-Parteien des Reichstages. **Diese Kriegstreiber sind identisch mit den Wahlrechtsfeinden, ihr Wühlen richtet sich letzten Endes gegen die innerpolitische Neuordnung, gegen das Wahlrecht.** Die Leute der 3. Klasse, die sind draußen an der Front, im Schützengraben, opfern sich auf, müssen verbluten im mörderischen Trommelfeuer, sind täglich von Not und Tod umgeben; oder sie sind daheim, hungern, schuften übermenschlich in der Grube, in der Eisenhütte, in der Werkstatt. Sind es etwa die Leute der ersten Klasse, die sich vorn in den Schützengräben befinden, sind sie es, die das Land schützen vor dem Anprall der feindlichen Millionenheere? Ach nein, auf ihnen lastet die Not des Krieges nicht, sie befinden sich zumeist weit vom Schuß in Sicherheit, senden Aufrufe ins Land und annektieren, teilen die Welt, sorgen sich um Profit und verfehlte Kriegsspekulationen. Und organisieren den Kampf gegen die innerpolitische Neuordnung, gegen die Reform des Wahlrechts.

Die kommenden Monate sind furchtbar ernst. Die Arbeiter müssen sich dessen bewußt sein, müssen sich stündlich daran erinnern, einer muß es dem andern sagen, daß es um die heilige Sache des Volkes geht, die bedroht ist von der zielbewußten Gegenarbeit der Wahlrechtsfeinde. **Für die Arbeiter steht alles auf dem Spiele, darum heißt es bereit sein!** Ohne Wahlreform keine Freiheit, kein Fortschritt, kein Heil für die Arbeiter! Ist es nötig, die Bergarbeiter daran zu erinnern, wie der Landtag des Dreiklassenwahlrechts ihnen grausam den notwendigsten Schutz verweigerte, ihnen „weiße Salbe" verschrieb, ihnen Steine statt Brot reichte? **An die Bergarbeiter ist ganz besonders die dringlichste Mahnung zu richten, die Augen aufzuhalten,** denn sie haben das größte Interesse an der Wahlreform, am freien und gleichen Wahlrecht. Was jetzt versäumt wird, kann in Jahrzehnten nicht gut gemacht werden. Deshalb muß allerorts die Parole der Arbeiter lauten:

Die Augen auf Berlin gerichtet!

*

Angesichts dieser ernsten Lage ist es selbstverständlich notwendig, daß sich die Arbeiter **täglich informieren über das, was vorgeht,** daß sie wissen, wie sich die politischen Dinge entwickeln. Diese Information geschieht zuverlässig allein **durch die Arbeiterpresse,** die schon seit Jahrzehnten den Kampf um die Rechte des Volkes geführt und namentlich auch im Kampfe um das Wahlrecht als **schneidigste Waffe der Rechtlosen** sich bewährt hat. In dieser kritischen Stunde der Schicksalswende ist **kein Verlaß auf ein kapitalistisches Organ,** die Arbeiter müssen wissen, daß **allein die Arbeiterpresse unbestechlich und rücksichtslos ihre Sache verteidigt.** Werbt darum andauernd für euer Blatt, **was ihr für euer Blatt leistet, geschieht für eure eigene Sache.**

Kriegsursache und Kriegsziel.

Von Otto Hue.

„Eine Jagd war es nach Geld, nach immer höherem Lohn und Gewinn, um in den Besitz der Mittel zu gelangen, die vielen irdischen Genüsse zu befriedigen. So konnte es nicht weitergehen **und der Krieg mußte kommen, um mit eisernen Besen diesen Uebelständen ein Ende zu machen.**"

Diese Sätze stehen in einer von dem Herrn Professor und Prälaten J. G. Schütz (Köln) verfaßten Broschüre, die unlängst massenhaft gratis von Werksverwaltungen im Saargebiet an die Arbeiter verteilt worden ist. Also wäre der Krieg durch die bedenkenlose Jagd nach Gewinn und Genuß verursacht, sein Ziel könnte daher nur die Ausrottung dieses rücksichtslosen materiellen Strebens sein. Ich möchte mit dem Theologen Schütz nicht streiten über die wahre Kriegsursache; er betrachtet den mörderischen Weltbrand als ein Strafgericht Gottes. Insofern stimmen wir Sozialisten ja mit Schütz und Genossen überein, als wir die tiefsten Ursachen des Kriege in den wirtschaftspolitischen internationalen Differenzen erblicken. Doch kann es auch Herrn Schütz nicht unbekannt geblieben sein, daß unter der materiellen Kriegsnot nicht die Vermögenden und Reichsten bitter leiden, sondern die Massen der Aermsten werden von der Not grimmig gepackt.

Was aber nun gar die Auskehrung der Gewinnsucht mit eisernen Besen anlangt, so schreibt darüber u. a. selbst die Herrn Schütz nächst verwandte „Kölnische Volkszeitung" (28. Juni 1917), das annexionslustigste Zentrumsblatt:

„Während des Krieges haben alle kriegführenden Länder erfahren müssen, **wie erbarmungslos der Mammonismus die Kriegslage zu seinen Gunsten auszunutzen versteht.** In Deutschland, wo durch den von den englischen Kapitalisten veranlaßten Hungerkrieg die Möglichkeit für die mammonistische Ausnutzung der Kriegsnot noch größer wurde als in andern Ländern (!), **hat der Mammonismus sein abstoßendes Gesicht von jeder Hülle befreit und dem armen, wehrlosen Volke bewiesen, daß der wirtschaftliche Egoismus jede Vaterlandsliebe, jedes gemeinschaftliche Gefühl und jedes menschliche Erbarmen bis zum letzten Keim ertötet!**"

Nach diesem Urteil des bekannten, auch die alldeutschen Eroberungsziele befürwortenden kölnischen Blattes hat der Krieg die rücksichtslose Jagd nach dem Mammon nicht beseitigt, sondern sie gerade umgekehrt in der gemeingefährlichsten Weise gesteigert. Vaterlandsliebe, Gemeinschaftsgefühl, jedes menschliche Erbarmen, das alles wird durch die Kriegsgewinnjäger hohnvoll mißachtet. Die großen Vermögen vergrößern sich noch gewaltig, neue Millionen Vermögen werden aus der Not des armen, wehrlosen Volkes gemünzt.

„Mußte" der Krieg nach jener Auffassung kommen, um den mammonistischen Uebelständen „ein Ende zu machen", dann ist er nicht nur bisher völlig nutzlos gewesen, **sondern er hat die Uebelstände ins Riesenhafte vergrößert** und muß schon deshalb möglichst schleunigst beendet werden. Ist das Kriegsziel die gottgewollte Ausrottung des Mammonismus, dann müssen gerade die, welche diese Auffassung vertreten, einen Friedensvertrag fordern, der die politische und wirtschaftliche Vergewaltigung aller Kriegsbeteiligten ausschließt. Zwischen den Völkern muß ein dauernder Friede werden, der es ihnen ermöglicht, ohne gewaltpolitische Bedrohung von außen, ohne Ablenkung durch nationalistische Leidenschaften das eigene Gemeinwesen von dem erbarmungslosen Mammonismus zu säubern.

Einen solchen Frieden ohne Vergewaltigung, Ausbau eines humanen Völkerrechts, das eine dauernde Verständigung garantiert, befürwortet der Beschluß der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli, die im Einverständnis mit der deutschen Reichsregierung und ihren Verbündeten handelte. Einen solchen Frieden befürwortet auch die päpstliche Friedensnote und ihn erstreben die sozialistischen Veranstalter der Stockholmer Konferenz.

Gegen einen solchen Frieden arbeiten jetzt lärmender als zuvor die alldeutschen Stoßtrupps in Stadt und Land. Sie, die nicht unter dem unmittelbaren Eindruck der vertraulichen Beratungen zwischen den Vertretern des Reichstages und der Reichsregierung standen, sie erklären den Krieg für „verloren", Deutschland für „ruiniert", wenn es nicht im Westen und Osten große Landgebiete annektierte. Diese alldeutschen „Stoßtrupps", deren Hintermänner und ausgesprochensten Organe so oft mit Geringschätzung über „Volksversammlungs-Resolutionen" urteilten, mit Hohn und Spott von der „Demokratie" zu sprechen pflegten, sie veranstalten nun „Volksversammlungen", lassen dort annexionistische Resolutionen annehmen, überschütten Reichskanzler und Heeresleitung mit zum Teil drohenden Telegrammen, sie wollen nun den sonst so mißachteten „Domos" (das Volk) in Bewegung bringen gegen — ja gegen wen eigentlich?

Die am vergangenen Sonntag von dem „Unabhängigen-Ausschuß" (alldeutsch-schwerindustriell) in Katernberg bei Essen abgehaltene Versammlung ist ein Schulfall. Als Referenten traten auf Herr Bergwerksdirektor Lattau von der Hanielschen Großzeche „Zollverein" und Herr Chefredakteur Wulle von der genügend bekannten „Rheinisch-Westfälischen Zeitung". **Wo waren diese Herren vor einigen Monaten, als die Industriearbeiter — auch in Katernberg — nicht wußten, wo sie ihren ärgsten Hunger stillen sollten, als es den Leuten monatelang sogar an Kartoffeln fehlte, die knappen Brotrationen noch verkürzt wurden und die Preiswucherer die Menschen fast zu verzweifelten Taten aufreizten?** Haben sich da auch die Herren Lattau und Wulle zur Aufklärung und Beruhigung der erbitterten Massen in den stürmischen Versammlungen eingefunden? Nein! Jetzt aber sind sie da und malen den zusammengetrommelten Leuten die Schrecken eines „Verzichtfriedens" à la Scheidemann-Erzberger in den grellsten Farben aus, lassen gegen dieses Phantasieprodukt geharnischte Telegramme los und wollen Hindenburg glauben machen, die „Bergarbeiter" ständen hinter den alldeutschen Eroberungszielen. Als vor einigen Wochen eine von mindestens achttausend Bergleuten besuchte Versammlung im großen Essener Stadtgarten-Saal sich unzweideutig für den Verständigungsfrieden erklärte, da hat die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" von dieser riesigen Demonstration gegen die „völkischen Welteroberer" nicht einmal Notiz genommen, während sie es sonst getreulich verzeichnet, wenn eine Stammtischrunde oder ein Kegelklub in irgend einem Nest „flammenden Protest" gegen die „vaterlandslose Reichstagsmehrheit" erhebt. So irreführend wird auch bei uns über die Volksstimmung berichtet, und das ist noch obendrein entrüstet über die Fälschung der Weltmeinung durch die deutschfeindliche Auslandspresse.

Herr Bergwerksdirektor Lattau hat den Versammelten erzählt, nach einem „Verzichtfrieden" müsse die „Industrie" 50 Prozent ihrer Tätigkeit einschränken, die Hälfte der Arbeiter würde arbeitslos und die Löhne würden auf ungefähr 2,50 Mk. sinken. Der Herr Direktor verfügt anscheinend über eine blühende Phantasie. Es gibt sehr hervorragende deutsche Industrielle, die sich bangend fragen, wohin wir denn kommen, wenn der Krieg noch jahrelang andauere, wer uns dann unsere noch um vielleicht hundert Milliarden **Mark erhöhten Kriegsschulden entschädigen könne, vom Vollen gar nicht zu reden!** Und diese Sachkenner sind zu dem Schluß gekommen, daß auch vom finanziellen Standpunkte aus ein alsbaldiger Verständigungsfriede auch für Deutschland das beste Geschäft sei.

Auf meine vor längerer Zeit an dieser Stelle an die rheinisch-westfälischen Eroberungspolitiker gerichtete Frage, wem denn im Falle der Verwirklichung des alldeutschen Eroberungsprogramms die neuen Erz- und Kohlengebiete im Westen zufallen sollten, blieb damals die Antwort aus. Inzwischen ist eine Antwort erfolgt, die wirklich wert ist, hervorgehoben zu werden. Es handelt sich um folgendes: Die großen Bergwerks- und Hüttenanlagen der lothringisch-französischen Firma de Wendel stehen unter Zwangsverwaltung des Reiches und sollen veräußert werden. Hierzu machte die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" am 30. August dieses Jahres folgenden Vorschlag:

> **„Die Uebernahme** (der Werke de Wendels) **durch den Stahlwerksverband (!!!) dürfte die beste Lösung sein,** wenn die Verschmelzung mit einem anderen lothringischen Werke wegen des großen Kapitalaufwandes nicht möglich erscheint. . . . **Ein Erwerb der Unternehmungen seitens des Staates dürfte wohl kaum in Frage kommen** (!!!), da der Staat zu wenig Erfahrungen als Fabrikant von Stahl und Eisen besitzt, um das Risiko, was mit der Uebernahme so ausgedehnter Anlagen verbunden ist, auf sich zu nehmen."

Da haben wir's! Als ich vor längerer Zeit andeutete, die Erzgruben und Hüttenwerke in dem Bassin de Briey sollten wohl den Mitgliedern des Stahlwerksverbandes, die Kohlenzechen in Belgien und Nordfrankreich wohl den Kohlensyndikatsherren zur Verfügung gestellt werden, da wurde ich wegen dieser „Unterstellung" nicht schlecht abgekanzelt. Jetzt sehen wir schon deutlich, wohin der Weg gehen soll!

Nicht unter Reichs- oder Staatsverwaltung sollen die etwaigen industriellen „Eingemeindungen" kommen, sondern der Privatkapitalismus soll die Hand darauf legen! Für die Ausdehnung seiner Macht, für die Erweiterung und Befestigung des Mammonismus soll das deutsche Volk unerhört geblutet und beispiellos Entbehrungen auf sich genommen haben! Das also soll der „deutsche Frieden" nach den Vorschlägen der alldeutsch-schwerindustriellen Organe sein. Es ist sehr gut, daß nun die Katze aus dem Sack gelassen ist, damit das Volk auch erkennt, warum die „vaterlandslose" Mehrheit nach dem Diktum des Duisburger Versammlungsredners, Divisionspfarrer Krügell, von Rechts wegen Prügel verdient.

Nun, wenn die alldeutschen Kriegsziele verwirklicht werden könnten was stände dann der Arbeiterschaft bevor? Ein Leben ohne materielle Sorgen und freiheitliche Mitbestimmung in Reich, Staat und Gemeinden? Wir haben ja einen durchaus siegreichen Krieg gehabt, 1870/71. Er brachte Deutschland nicht nur einen wertvollen Landeszuwachs, sondern auch die damals ungeheure Kriegsentschädigung von fünf Milliarden! Und was war die Folge? Der „Milliardensegen" erzeugte in Deutschland einen beispiellosen Tanz um das goldene Kalb, ein Aufwuchern des Mammonismus ohnegleichen, auch einen kapitalistischen Gründungsschwindel, an dessen bösen Folgen unser Wirtschaftsleben noch jahrzehntelang schwer gelitten hat. In den ungeheuren Gründergewinnen wuschen sich die Hauptgründer die Hände, sie sammelten Riesenvermögen an und schritten dabei über die traurigen Trümmer unzähliger vernichteter Existenzen. Nur bis 1873 dauerte der Milliardenrausch, dann kamen viele Jahre einer bitteren Not der breiten Volksmassen. Ungeheure Arbeitslosigkeit, rücksichtsloser Lohndruck (sogar auf Anregung des preußischen Handelsministers), kümmerliche Lebenshaltung der Arbeiterfamilen bei erhöhter kapitalistischer Ausbeutung! Damals wurde der Lagerarbeiterlohn im Ruhrgebiet in der Tat um mehr als 50 Prozent gedrückt, denn ein Hauerlohn von 2,50 Mark für verlängerte Schicht wurde das Uebliche! Wer diese Zeit miterlebt hat als Angehöriger der Arbeiterklasse, der weiß ein Lied zu singen von Hunger und Jammer. Damals, Herr Bergwerksdirektor Lattau, hatte Deutschland keinen Verzichtfrieden beschlossen, sondern einen durchaus siegreichen Krieg hinter sich, hatte eine für jene Zeit fabelhaft hohe Kriegsentschädigung bekommen. Aber der Traum von allgemeinem Wohlstand und wachsender Prosperität war recht bald ausgeträumt, wenigstens **für die breiten Volksmassen.** Allerdings, ein ganz kleiner Teil der Reichsbürger machte gerade damals außerordentlich einträgliche Geschäfte. In den Reihen der

Bergwerks- und Fabrikarbeiter nahm Verarmung und Verelendung zu trotz des „Milliardensegens".

Und wie wurde es mit der staatsbürgerlichen Stellung der breiten Volksmassen? **Es begann die Zeit der Ausnahmegesetzgebung gegen „Ultramontane", Sozialdemokraten, Polen usw., stets gefordert und unterstützt von denselben Kreisen, die wir heute wieder tonangebend wissen in der Propaganda für „völkische" Eroberungs- und innerpolitische Unterdrückungsziele!** Die furchtlosen Kritiker der wüsten mammonistischen Ausschweifungen sollten unter allen Umständen mundtot gemacht werden. Es begann die Zeit der kapitalistischen **Gewaltmaßregeln gegen die Organisation der Arbeiter**, das Jagen der „Renitenten" von Schacht zu Schacht, von Fabrik zu Fabrik, es sammelte sich jene dumpfe Erbitterung im arbeitenden Volke an, die sich 1889 durch den gewaltigen Bergarbeiterstreik Luft machte. **An den Folgen dieser gewaltpolitischen Aera kranken** wir heute noch, ihre Ausstrahlungen haben uns auch in der Welt die vielen Feinde mit gemacht, deren wir uns jetzt mit äußerster Kraft erwehren müssen.

Kann man sich wundern, daß heute das deutsche Volk der Arbeit, nach solchen abschreckenden Erfahrungen, im höchsten Maße mißtrauisch gegen die **mammonistischen Kriegsziele** geworden ist, **darauf dringt, daß die freiheitliche Neuordnung unserer Reichs- und Staatsverfassung nicht in die Zeit nach dem Kriege verschoben wird?**

Herr Chefredakteur Wulle hat in Katernberg auch die „Festhaltung Belgiens" gefordert und über die Befreiung der germanischen Blamen von wallonischer Unterdrückung gesprochen. Ich wünsche den stammverwandten Blamen auch die volle Anerkennung ihrer Volksbedürfnisse. Aber liegt es nicht auch für Herrn Wulle viel näher, zunächst die Befreiung seiner deutschen Mitbürger von allen unwürdigen Fesseln zu fordern? Er sprach auch zu Bergarbeitern! Ist Herrn Wulle nichts bekannt von der **Drangsalierung der deutschen Bergarbeiter durch den Mammonismus?** Ist ihm nichts bekannt geworden von einem **Zwangsarbeitsnachweis, von schwarzen Listen, Aussperrungsmaßregeln, Verfolgung gewerkschaftlich organisierter Belegschaftsmitglieder, strikter Ablehnung von Verhandlungen mit den gesetzlich gestatteten Berufsorganisationen der Berg-, Hütten- und Metallarbeiter?** Weiß er davon, warum tritt er nicht mit uns ein für die Befreiung der deutschen Arbeiter von mammonistischer Unterdrückung, statt sich um die weit entfernt im Belgierland wohnenden Blamen zu sorgen?

Ist der Krieg durch die Jagd nach dem Gewinn verschuldet, wie Prälat Schütz versichert, ist darum der entsetzliche Weltbrand ein göttliches Strafgericht für den Verfall der Menschheit, dann kann auch das entscheidende Kriegsziel nur die Ausrottung des Mammonismus sein, und zwar überall! Die Broschüre des Herrn Schütz wird, wie gesagt, gratis von Werksverwaltungen an die Arbeiter verteilt. Mithin müssen diese Werksherren doch auch mit der Schützschen Erklärung der wahren Kriegsursachen einverstanden sein. Diese Erklärung läßt aber logisch nicht den Gewaltfrieden zu, **sondern führt konsequenterweise zur Forderung eines Verständigungsfriedens als Kriegsziel der Menschheit!**

Die deutsche Antwort auf die Friedensnote des Papstes.

Berlin, 21. September. (Amtlich.)

Die Antwort der Kaiserlich deutschen Regierung auf die Friedenskundgebung S. H. des Papstes lautet wie folgt:

Berlin, 19. September 1917.

Herr Kardinal!

Euere Eminenz haben die Geneigtheit gehabt, Seiner Majestät dem Kaiser und König, meinem Allergnädigsten Herrn, mit Schreiben vom 2. v. M. eine Kundgebung Seiner Heiligkeit des Papstes zu übermitteln, worin Seine Heiligkeit voll Kummer über die Verheerungen des Weltkrieges einen eindringlichen Friedensappell an die Staatsoberhäupter der kriegführenden Völker richtet.

Seine Majestät der Kaiser und König hat geruht, mir von dem Schreiben Euerer Eminenz Kenntnis zu geben und mir die Beantwortung aufzutragen.

Seit geraumer Zeit verfolgt Seine Majestät mit hoher Achtung und aufrichtiger Dankbarkeit die Bemühungen Seiner Heiligkeit, im Geiste wahrer Unparteilichkeit die Leiden des Krieges nach Kräften zu lindern und das Ende der Feindseligkeiten zu beschleunigen. Der Kaiser erblickt in dem jüngsten Schritte Seiner Heiligkeit einen neuen Beweis edler und menschenfreundlicher Gesinnung und hegt den lebhaften Wunsch, daß zum Heile der ganzen Welt dem päpstlichen Ruf Erfolg beschieden sein möge.

Das Bestreben des Papstes Benedikt 15., eine Verständigung unter den Völkern anzubahnen, konnte um so sicherer auf sympathische Aufnahme und überzeugungsvolle Unterstützung durch Seine Majestät rechnen, als der Kaiser von der Uebernahme der Regierung an Seine vornehmste und heiligste Aufgabe darin gesehen hat, dem deutschen Volke und der Welt die Segnungen des Friedens zu erhalten. In der ersten Thronrede bei Eröffnung des Deutschen Reichstages am 25. Juni 1888 gelobte der Kaiser, daß die Liebe zum deutschen Heere und Seine Stellung zu demselben Ihn niemals in Versuchung führen würden, dem Lande die Wohltaten des Friedens zu verkümmern, wenn der Krieg nicht eine durch den Angriff auf das Reich oder dessen Verbündete uns aufgedrungene Notwendigkeit würde. Das deutsche Heer solle uns den Frieden sichern und, wenn er dennoch gebrochen würde, imstande sein, ihn mit Ehren zu erkämpfen. Der Kaiser hat das Gelöbnis, das Er damals ablegte, in 26 Jahren segensreicher Regierung, aller Anfeindungen und Versuchungen ungeachtet, durch Taten erhärtet. Auch in der Krisis, die zu dem gegenwärtigen Weltbrand führte, ist das Bestreben Seiner Majestät bis zum letzten Augenblick dahin gegangen, den Streit durch friedliche Mittel zu schlichten; nachdem der Krieg gegen Seinen Wunsch und Willen ausgebrochen war, hat der Kaiser im Verein mit Seinen hohen Verbündeten zuerst die Bereitwilligkeit zum Eintritt in Friedensverhandlungen feierlich kundgegeben.

Hinter Seiner Majestät stand in werktätigem Willen zum Frieden das deutsche Volk. Deutschland suchte innerhalb der nationalen Grenzen freie Entwicklung seiner geistigen und materiellen Güter, außerhalb des Reichsgebietes ungehinderten Wettbewerb mit gleichberechtigten und gleichgeachteten Nationen. Ein ungehemmtes Spiel der friedlich in der Welt miteinander ringenden Kräfte hätte zur höchsten Vervollkommnung der edelsten Menschheitsgüter geführt. Eine unheilvolle Verkettung von Ereignissen hat im Jahre 1914 einen hoffnungsreichen Entwicklungsgang jäh unterbrochen und Europa in einen blutigen Kampfplatz umgewandelt.

In Würdigung der Bedeutung, die der Kundgebung Seiner Heiligkeit zukommt, hat die Kaiserliche Regierung nicht verfehlt, die darin enthaltenen Anregungen ernster und gewissenhafter Prüfung zu unterziehen; die besonderen Maßnahmen, die sie in engster Fühlung mit der Vertretung des deutschen Volkes für die Beratung und Beantwortung der aufgeworfenen Fragen getroffen hat, legen davon Zeugnis ab, wie sehr es ihr am Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen Seiner Heiligkeit und der Friedenskundgebung des Reichstages vom 19. Juli d. J. brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden.

Mit besonderer Sympathie begrüßt die Kaiserliche Regierung den führenden Gedanken des Friedensrufs, worin sich Seine Heiligkeit in klarer Weise zu der Ueberzeugung bekennt, daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechtes treten muß. Auch wir sind davon durchdrungen, daß der kranke Körper der menschlichen Gesellschaft nur durch eine Stärkung der sittlichen Kraft des Rechtes gesunden kann. Hieraus würde nach Ansicht Seiner Majestät die gleichzeitige Herabminderung der Streitkräfte aller Staaten und die Einrichtung eines verbindlichen Schiedsverfahrens für internationale Streitfragen folgen. Wir teilen die Auffassung Seiner Heiligkeit, daß bestimmte Regeln und gewisse Sicherheiten für eine gleichzeitige und gegenseitige Begrenzung der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft, sowie für die wahre Freiheit und Gemeinsamkeit der hohen See diejenigen Gegenstände darstellen, bei deren Behandlung der neue Geist, der künftig im Verhältnis der Staaten zu einander herrschen soll, den ersten verheißungsvollen Ausdruck finden müßte. Es würde sich sodann ohne weiteres die Aufgabe ergeben, auftauchende internationale Meinungsverschiedenheiten nicht durch das Aufgebot der Streitkräfte, sondern durch friedliche Mittel, insbesondere auch auf dem Wege des Schiedsverfahrens entscheiden zu lassen, dessen hohe friedensstiftende Wirkung wir mit Seiner Heiligkeit voll anerkennen. Die Kaiserliche Regierung wird dabei jeden Vorschlag unterstützen, der mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar ist. Deutschland ist durch seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse auf den friedlichen Verkehr mit den Nachbarn und mit dem fernen Ausland angewiesen. Kein Volk hat daher mehr als das deutsche Anlaß zu wünschen, daß an die Stelle des allgemeinen Hasses und Kampfes ein versöhnlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt.

Wenn die Völker, von diesem Geiste geleitet, zu ihrem Heile erkannt haben werden, daß es gilt, mehr das Einigende als das Trennende in ihren Beziehungen zu betonen, wird es ihnen gelingen, auch die einzelnen noch offenen Streitpunkte so zu regeln, daß jedem Volk befriedigende Daseinsbedingungen geschaffen werden und damit eine Wiederkehr der großen Völkerkatastrophe ausgeschlossen erscheint. Nur unter dieser Voraussetzung kann ein dauernder Friede begründet werden, der die geistige Wiederannäherung und das wirtschaftliche Aufblühen der menschlichen Gesellschaft begünstigt.

Diese ernste und aufrichtige Ueberzeugung ermutigt uns zu der Zuversicht, daß auch unsere Gegner in den von Seiner Heiligkeit zur Erwägung unterbreiteten Gedanken eine geeignete Unterlage sehen möchten, um unter Bedingungen, die dem Geiste der Billigkeit und der Lage Europas entsprechen, der Vorbereitung eines künftigen Friedens näher zu treten.

Genehmigen Euere Eminenz usw.

(Name des Reichskanzlers.)

Seiner Eminenz
dem Staatssekretär Seiner Heiligkeit des Papstes Benedikt 15.
Herrn Kardinal Gaspari, Rom.

* * *

Berliner Pressestimmen.

Die gesamte Presse, soweit man sieht, äußert sich zufrieden und hebt die würdige Sprache der deutschen Antwort auf die Papstnote hervor. Wir lassen einige der Berliner Pressestimmen hier folgen:

Im „Vorwärts" wird gesagt: Die Antwortnote überrascht durch die entschiedene Wärme, mit der sie sich dem Gedanken der Abrüstung und der internationalen Schiedsgerichte anschließt. Die Note zeigt das wahre Gesicht der deutschen Reichstagsmehrheit und insbesondere auch das wahre Gesicht der deutschen Sozialdemokratie. Sollte ein Erfolg, wie ihn die Antwortnote verdient, ausbleiben, so wird man deßungeachtet auf dem betretenen Wege weiter gehen müssen.

Die „Germania" sagt: Wie wohltuend ist die Sprache, gedenkt man der anmaßenden Aeußerungen, die von Amerika nach Rom gingen. Aus jeder Zeile spricht die ruhige selbstsichere Festigkeit, die sich bewußt ist, daß die ungebrochene unzerbrechliche deutsche Kraft von einem zielbewußten, auf das wahre Wohl der Menschheit gerichteten Willen geleitet ist. Deutschlands Friedensbereitschaft, die sich wiederholt so unzweideutig und dennoch vergeblich bekundet hat, ist, wie die Antwort hervorhebt, nichts als eine Fortsetzung der Politik, die ohne Unterlaß der Leitstern für unseres Kaisers Sinnen und Trachten seit Beginn seiner Regierung gewesen ist. Aus solcher Gesinnung heraus erfolgte von selbst die gute Aufnahme, die nach Ausweis der Antwortnote den päpstlichen Friedensvorschlägen bereitet wird. Die „Germania" glaubt, daß auch nach der Auffassung der Kurie sich ein weiteres Eingehen auf Einzelheiten in unserer Antwortnote erübrigt. Dem Heiligen Stuhl ist es bei seinem Schritt keineswegs darum zu tun gewesen, einen Frieden der Welt zu diktieren. Sein Streben ging lediglich darauf aus, eine Grundlage für die Wiederannäherung der feindlichen Regierungen zu finden und das ist ihm, so weit Deutschland und ohne Zweifel auch seine Verbündeten in Frage kommen, durchaus gelungen. Ohne weiteres bedeutet dies den großen Wurf, an dem unsere Zukunft hängt. An dieser Erklärung der Dinge dürfte der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes einen besonderen Anteil und damit seinen ersten großen Verdienst haben. Die deutsche Regierung hat nach einer solchen Stellungnahme den unbestreitbaren Rechtstitel, vor aller Welt von sich zu sagen, daß sie tatsächlich das Einigende und nicht das Trennende in den Beziehungen der Völker betont.

Das „Berl. Tageblatt" sagt: Wenn die Note ebensowenig die belgische, wie irgend eine andere territoriale Frage besonders erwähnt, so ist das auch nicht nötig, nachdem gesagt worden ist, die Regierung schließe den Wünschen des Papstes und der Friedenskundgebung des Reichstages sich an. Der Standpunkt des Rechts und der politischen Moral sei in diesem Falle gleichzeitig der der Voraussicht und der politischen Vernunft.

Die „Vossische Zeitung" sagt: Worauf es jetzt ankommt, ist, die Staatsmänner in den Kongreßsaal zu bringen und die Bedingungen festzulegen, unter denen Verhandlungen möglich sind. Erst bei den Verhandlungen am Verhandlungstisch werde sich zeigen, ob der neue Geist, über den sich der Papst und die deutsche Regierung vollkommen einig zu sein scheinen, die Völker wirklich beherrsche.

Der „Lokalanzeiger" nennt die Antwortnote ein versöhnliches Dokument. Die Note vermeidet jedes Wort, das unsere Feinde verletzen könnte. Unsere Feinde müßten jetzt eingestehen, daß ihre Auffassung des Charakters der deutschen Reichsregierung und ihre Aufstellung der Kriegsziele, wie die Vernichtung des preußischen Militarismus, ganz unsinnig wäre.

* * *

Die österreichische Antwort.

Wien, 21. Sept. Die von dem Minister des Aeußern dem päpstlichen Nuntius am 20. September übergebene Antwort Seiner Majestät auf die Note des Heiligen Vaters vom 1. August d. J. lautet in deutscher Uebersetzung wie folgt:

Heiliger Vater! Mit schuldiger Ehrerbietung und tiefer Bewegung haben wir von dem neuesten Schritte Kenntnis genommen, den Euere Heiligkeit in Erfüllung des Ihnen von Gott anvertrauten heiligen Amtes bei uns und bei den Oberhäuptern der anderen kriegführenden Staaten in der edlen Absicht unternommen haben, die schwergeprüften Völker zu einer Einigung zu führen, die ihnen den Frieden wiedergibt. Dankbaren Herzens empfangen wir diese neuerliche Gabe väterlicher Fürsorge, welche Sie, Heiliger Vater, allen Völkern stets unterschiedslos angedeihen lassen, und begrüßen aus der Tiefe unserer Seele den ergreifenden Mahnruf, den Euere Heiligkeit an die Regierungen der kriegführenden Völker ergehen ließen. Während dieses grausamen Krieges haben wir stets zu Euerer Heiligkeit als zu jener höchsten Persönlichkeit aufgeblickt, welche Kraft Ihrer über das Irdische hinausreichenden Sendung und Dank Ihrer hohen Auffassung von den ihr auferlegten Pflichten hoch über den kriegführenden Völkern steht und, jeder Beeinflussung unzugänglich, den Weg zu finden vermöchte, welcher zur Verwirklichung unseres eigenen Wunsches nach Herbeiführung eines dauerhaften, für alle Teile ehrenvollen Friede führen könnte. Seit Besteigen des Thrones unserer Ahnen der Verantwortlichkeit voll bewußt, welche wir vor Gott und den Menschen für das uns anvertraute Schicksal der österreichisch-ungarischen Monarchie tragen, haben wir das hohe Ziel nicht aus den Augen verloren, unseren Völkern baldigst die Segnungen des Friedens teilhaftig werden zu lassen. Bald nach unserem Regierungsantritt war es uns denn auch vergönnt, in Gemeinschaft mit unseren Verbündeten den schon von unserem erhabenen Vorgänger, weiland Kaiser und König Josef 1. erwogenen und vorbereiteten Schritt zur Anbahnung eines ehrenvollen und dauerhaften Friedens zu unternehmen.

In unserer bei Eröffnung des österreichischen Reichsrates gehaltenen Thronrede haben wir diesem Wunsche Ausdruck verliehen und hierbei betont, daß wir einen Frieden erstreben, welcher das fernere Leben der Völker von Groll und Rachedurst

Theater, Musik, Kunst.

Stadttheater Dortmund.

Am Donnerstag abend wurde dem Dortmunder Theaterpublikum, das sehr zahlreich erschienen war (es waren mehr Besucher da als Plätze), ein eigenartiger Kunstgenuß zuteil: künstlerische Tänze von Leo Hesse und Joachim von Seewitz. Daß es sich um wirkliche Kunst handelte und die beiden Gäste hervorragende Meister ihres Faches sind, kann füglich nicht bestritten werden. Wir schätzen, daß diese Künste auf der Bühne eines erstklassigen hauptstädtischen Kabarets sehr wohl am Platze sein mögen, bezweifeln jedoch den Wert für unsere Bühne, weil wir nicht erkennen, welchen Wert derartige Darbietungen für unser Theaterpublikum haben sollen. Wir möchten dies doch aussprechen, obwohl der Erfolg sicher auf Seiten der Theaterleitung ist und das Publikum mit Beifall nicht geizte. Der geschäftliche Erfolg kann schließlich nicht der einzige Maßstab sein für die künstlerischen Wirkungen des Theaters.

Vorher kam die ganz reizende Operette „Die Verlobung bei der Laterne" von Jaques Offenbach zur Aufführung, und damit hat die Leitung einen sehr glücklichen Griff gemacht. Man sollte viel mehr auf Offenbach zurückkommen als es leider geschieht. Wer hat von all den modernen und übermodernen Operettenfabrikanten wohl Offenbach erreicht. Die Offenbachsche Operette ist klassisch, raffiniert einfach in der Form, Text und Musik voll Humor und prickelnder Laune. Der Geist, der aus dem Werke atmet, teilt sich dem Publikum mit und schafft eine heitere und frohe Stimmung. Die Aufführung war künstlerisch vollendet, wobei allen Mitwirkenden, Herrn Alfons Kopp (als Pächter Peter), Frl. Alma Glocker (als Peters Muhme Liese), Toni Witt und Frl. Lola Stein (als Anne Marie und Katharina, junge Witwen, die beide den Peter lieben möchten, während Liese die glückliche Braut Peters wird), sowohl in gesanglicher Hinsicht als durch verständnisvolles Spiel volle Anerkennung gebührt.

Zum Schluß gab es eine gute Wiederholung der komisch-mythologischen Oper „Die schöne Galathee" von Frz. v. Suppé. Die Besetzung war wie früher. Herr Vollmann war Leiter der Aufführung, Herr Landeker führte den Dirigentenstab.

* * *

Wochenspielplan

von Sonntag den 23. bis Sonntag den 30. September 1917.

Sonntag den 23. September. 7½—10 Uhr. Opernpreise. **„Der Troubadour."** Oper in 4 Aufzügen von Giuseppe Verdi.

Montag den 24. September. 8—10¼ Uhr. 3. Vorstellung nur für die kriegsbeschäftigte Arbeiterschaft; auf Veranlassung des Kriegsamts. **„Johannisfeuer."** Schauspiel in 4 Akten von Herm. Sudermann (geb. am 30. Sept. 1857). Sämtliche Eintrittskarten vergeben. An diesem Tage bleibt die Vorverkaufskasse nachmittags geschlossen.

Dienstag den 25. September. 7½—10¼ Uhr. Opernpreise. Neu eingeübt. Zum 2. Male. **„Die weiße Dame."** Komische Oper in 3 Aufzügen von Francois Adrien Boieldieu.

Mittwoch den 26. September. 7½—10 Uhr. Schauspielpreise. Neuheit. Zum 1. Male. **„Der Salamander."** Lustspiel in 3 Akten von Rudolf Presber und Leo Walter Stein.

Donnerstag den 27. September. 7½ bis vor 10 Uhr. Opernpreise. **„Die toten Augen."** Eine Bühnendichtung von H. H. Ewers. Musik von E. d'Albert.

Freitag den 28. September. 7½—10½ Uhr. Schauspielpreise. Neu eingeübt. Zum 1. Male. **„Der gute Ruf."** Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann (geb. 30. Sept. 1857).

Sonnabend den 29. September. 7½—10¼ Uhr. Opernpreise. **„Der Troubadour."** Oper in 4 Aufzügen von Giuseppe Verdi.

Sonntag den 30. September. 3½—6½ Uhr. Volkstümliche Preise. **„Johannisfeuer."** Singspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann (geb. am 30. Sept. 1857).

7½—10½ Uhr. Opernpreise. Zum 32. Male. **„Polenblut."** Operette in 3 Bildern von Oskar Nedbal.

*

Die Direktion des Stadttheaters ersucht uns, auf die im Anzeigenteil der heutigen Nummer veröffentlichte **Einladung zur Vormiete von Theaterplätzen** auch an dieser Stelle besonders aufmerksam zu machen.

* * *

Der Theaterkulturverband hält seine Jahresgeneralversammlung am 28. bis 30. September in Mannheim ab. Am 28. finden Ausschußsitzungen statt. Am 29. ist die ordentliche Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: Begrüßungs-Ansprachen, Jahresbericht, Satzungsänderungen, Wahlen, Verschiedenes. Abends 7½ Uhr: Festvorstellung im Großh. Hof- und Nationaltheater: „Esther" von Grillparzer und „Gläubiger" von Strindberg. Sonntag den 30. September, vormittags 11 Uhr, im Musensaale des Rosengartens: Oeffentliche Vorträge: 1. Reichstagsabgeordneter Heinrich Schulz (Erfurt): Was will der Verband? 2. Großherzogl. Hoftheaterintendant Dr. Hagemann: Theater und Kultur. 3. Rechtsanwalt Dr. Ludwig Seelig: Reichstheatergesetz. Vor Beginn und nach Schluß der Vorträge künstlerische Darbietungen.

*

Eine Tagung für volkstümliches Büchereiwesen findet am 27. September in Leipzig statt. Die großen Aufgaben, welche der Volksbildungsarbeit und dem Volksbüchereiwesen bevorstehen, werden in einer öffentlichen Versammlung behandelt, die sich an die Jahresversammlung anschließt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Themata: Die freie Volksbildungsarbeit, ihre nationale Bedeutung und ihre Forderungen an Staat und Gemeinde, die deutsche volkstümliche Bücherei nach dem Kriege, Kriegs- und Friedensbüchereien im Heer.

Beilage der Arbeiter-Zeitung

Nr. 223. | 2. Blatt. | Dortmund, Samstag, den 22. September 1917. | 27. Jahrg.

Manifest an die der Internationale angeschlossenen Parteien.

(Eigener Bericht.)

Das Organisationskomitee der Stockholmer Konferenz hält es für angemessen, nach der Rückkehr der vom Arbeiter- und Soldatenrat von ganz Rußland nach London, Paris und Rom gesandten Delegation den sozialistischen Arbeiterparteien, die sich der internationalen Konferenz angeschlossen haben, eine kurze Erklärung über die Lage zu geben:

Das Komitee erklärt zunächst klar und entschieden, daß der Plan, in Stockholm eine internationale sozialistische Konferenz einzuberufen, weder preisgegeben ist, noch preisgegeben werden wird.

Wenn die englische und französische Delegation Pässe erhalten hätte, so hätte die Konferenz am 9. September stattgefunden.

Die Konferenz wird stattfinden, sobald die Paßfrage geregelt ist und das Datum wird dann sofort festgesetzt werden.

Die russische Delegation war in der Lage, sich in Großbritannien, Frankreich und Italien davon zu überzeugen, daß die Arbeiterklasse der Idee der Stockholmer Konferenz ergeben ist und bleibt, und daß die Bewegung zugunsten einer gemeinsamen Aktion für einen gerechten und dauerhaften Frieden in allen Kreisen im Wachsen ist. Der Anschluß an Stockholm war darum so einhellig, weil die Arbeiterklasse immer mehr begreift, daß sie ein politisches und ökonomisches Interesse daran hat, an der Aufrichtung eines standfesten Systems in Europa direkt mitzuwirken, sowohl um das Ende des jetzigen Konflikts zu beschleunigen, als auch, um die Wiederkehr des Weltbrandes zu verhüten, dessen am meisten leidendes Opfer sie geworden ist. Sie ist auch überzeugt, daß ein dauerhafter Friede, der einerseits nicht die Interessen der schwachen Völker denen der starken und andererseits die Interessen der Arbeiterklasse nicht denen der kapitalistischen Bourgeoisie aufopfert, nur durch ein gemeinsames und einverständliches Bemühen des Proletariats der ganzen Welt errungen werden kann.

Eine brutale Verweigerung der Pässe, die in aller Augen als Widerschein einer wachsenden Reaktion erschien, vermag das klassenbewußte Proletariat nicht abzuschrecken, das noch größere Schwierigkeiten zu überwinden vermocht hat und begreift, daß es sich in Wirklichkeit darum handelt, die Arbeiterklasse an der Erfüllung ihrer geschichtlichen Rolle zu hindern. Aus diesem Grund appellieren wir an die Arbeiter Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, den Raub einer elementaren Freiheit, nämlich der des Meinungsaustausches, nicht zuzulassen. Es geht im Grunde um die Gedankenfreiheit — eine Freiheit, die zu den kostbarsten Errungenschaften der französischen Revolution gehört und worauf die organisierten Arbeiter ohne moralischen Selbstmord nicht verzichten können.

Um unsere Aktion zu hemmen, haben die Gegner des Sozialismus besonders in der letzten Zeit zu ihren hergebrachten Mitteln gegriffen. Um das Schwinden der Kriegshypnose zu bekämpfen, handhaben sie gegen uns abwechselnd Unterschiebung und Verleumdung. Sie berufen sich sogar auf nichtexistierende Dokumente, um auf die Arbeitermassen Eindruck zu machen. Ueberall wurde das Monopol der Post- und Telegraphenverbindungen mißbraucht, um unsere Erklärungen zurückzuhalten oder zu fälschen.

Dieser ganze Feldzug ist jämmerlich mißglückt und mit Genugtuung und Stolz stellen wir fest, daß der Wille der Arbeiterklasse nicht erschüttert worden ist. Die überwältigende Mehrheit der Delegierten auf der Londoner Konferenz der Verbündeten war für Stockholm und wenn man die Beschlüsse von Manchester vom Beginn dieses Jahres, wo sich Dreiviertel der Delegierten gegen jede internationale Konferenz aussprachen, mit der Resolution von Blackpool im September 1917 vergleicht, wo das Prinzip von Stockholm sozusagen keine Gegner mehr gefunden hat, so kann sich das Komitee zu der Entwicklung, die sich vollzogen hat, beglückwünschen.

Andererseits ist das Schicksal der Stockholmer Konferenz eng verknüpft mit der russischen Revolution. Die Reaktion hat versucht, die Revolution für die Anarchie verantwortlich zu machen, in die der Zarismus Rußland gestürzt hat, und unkluge Leute haben die Gegenrevolution durch ein bedauerliches Verhalten und Handeln noch gestärkt.

Wir senden unseren Genossen, Arbeitern und Bauern Rußlands, den Ausdruck unserer Bewunderung und unserer Solidarität und sprechen den heißen Wunsch aus, daß sie alle, ohne Ausnahme, in die Reihe treten mögen, um die Demokratie und das revolutionäre Rußland zu verteidigen. Die Arbeiterklassen aller Länder, die den Sturz des Zarismus mit Begeisterung begrüßt haben, werden — wir sind dessen gewiß — dem Treiben der internationalen Reaktion widerstehen, die den Bemühungen der Gegenrevolution schon Beifall klatscht. Wir geben zugleich der festen Hoffnung Ausdruck, daß die Sozialisten Deutschlands und Oesterreichs ihre sozialistische Pflicht erfüllen und energisch gegen jeden Plan und gegen jede Taktik protestieren werden, die die Revolution untergraben und Deutschland zum Mitschuldigen der Gegenrevolution machen möchte.

Die an Stockholm angeschlossenen Parteien werden begreifen, daß es uns im Angesicht dieser Ereignisse unmöglich ist, in diesem Augenblick eine präzise Antwort zu geben. — Auf das Telegramm der sozialistischen Partei Frankreichs, die uns volle Freiheit des Handelns gelassen hat, und auf den Brief der sozialistischen Parteien Oesterreichs, Deutschlands (Sozialdemokratische Partei), Ungarns, Böhmens, Bosniens und Bulgariens, die auf die Bestimmung eines endgültigen Datums drangen.

Aber unser Komitee hat beschlossen, seine Aktion ruhig und entschieden fortzusetzen. Es wird binnen kurzer Frist die gesammelten Denkschriften herausgeben, die von den angeschlossenen Parteien eingereicht worden sind, nebst einem Generalbericht, der eine objektive Darlegung der von allen unseren Organisationen aufgeworfenen Fragen geben wird. Unsere, den Parteien der neutralen Länder angehörenden Mitglieder haben es übernommen, schon jetzt die Schlußfolgerungen auszuarbeiten, die sich aus diesen Darlegungen ergeben. Sie werden allen angeschlossenen Parteien übermittelt werden, um sie in Stand zu setzen, sich am Tage des Zusammentritts der allgemeinen Konferenz darüber zu äußern. Endlich hat das Komitee beschlossen, falls die betreffenden Parteien einen dahingehenden Wunsch äußern, zur neuen Konferenz der Verbündeten in London und zu jeder anderen von den angeschlossenen Parteien veranstalteten Versammlung einige Mitglieder zu entsenden, um dort über unsere Tätigkeit und über die Schlußfolgerungen, zu denen die Verfasser der der Konferenz zu unterbreitenden Vorschläge gelangt sind, Bericht zu erstatten.

Genossen! Die Konferenz von Stockholm ist nur eine Etappe auf dem Marsch des internationalen Sozialismus. Die Aktion der Arbeiterklasse, die dem gleichen Ziele zustrebt, wird ihre volle Wirkung erst an dem Tag entfalten können, wo die Konferenz ein Aktionsprogramm gefunden haben wird und sie wird mit dem Tage der Einstellung der Feindseligkeiten nicht enden. Vielleicht erst recht in jenem Augenblick wird sie über den Gang der Ereignisse wachen und Lebens- und Entschlußkraft an den Tag legen müssen. Denn in der Tat werden dort die endgültigen Bedingungen ausgearbeitet werden, die das politische und wirtschaftliche Leben Europas und der Welt auf lange Jahre hinaus bestimmen. Unser Gedanke ist, daß die Stockholmer Konferenz ein neues Zeitalter des Kampfes des Proletariats gegen den Imperialismus einleiten soll, dadurch, daß sie eine Internationale wieder errichtet, die zu gemeinsamer Aktion fähig ist. Die Arbeiterklasse will tatsächlich, daß dieser Krieg der letzte sei. Sie will die Staaten demokratisieren, neuen Konflikten vorbeugen, Wirtschaftskriege verhindern und vor allem will sie durch Rechtsbürgschaften und Schiedsgerichte eine friedliche, zu Wasser und zu Lande entwaffnete Welt begründen — ein Europa der Demokratie und der wahren Freiheit.

Inmitten des entfesselten Hasses hat die Arbeiterklasse auf ihr Ideal der menschlichen Verbrüderung nicht verzichtet.

Genossen! Wenn Ihr nur wollt, wird die internationale Konferenz in kurzer Frist stattfinden. Um dieses Ziel zu erreichen, genügt es, daß die Parteien der großen Verantwortung, die auf ihnen ruht, bewußt seien.

Die Losung bleibt für das ganze Proletariat:

Auf! Nach Stockholm!

Für das Organisationskomitee der internationalen Konferenz:

P. J. Troelstra, H. H. van Kol, J. W. Albarda, W. H. Vliegen (Ersatzm.), Wibaut (Ersatzm.), Holland.
Hj. Branting, E. Söderberg, B. Möller, Schweden.
P. J. Borgbjerg, Nina Bang (Ers.), Dänemark.
J. Vidnes, Norwegen.
P. Axelrod, M. Erlich, J. Goldenberg, N. Rouffanoff, A. Smirnoff, Rußland.
Das Sekretariat: Camille Huysmann, Marc Panin.

Stockholm, 15. September 1917.

Was will Painlevé?

Ueber die Erklärung, die von der neuen Regierung am 18. September in der französischen Kammer abgegeben worden ist, kann man das Motto setzen: „Ein vollkommener Widerspruch ist gleich geheimnisvoll für Weise wie für Toren!"

Painlevé sagt, „Frankreichs Forderungen sind unabhängig vom Los der Schlachten." Und doch will Painlevé das Los der Schlachten weiter versuchen, um Frankreichs Forderungen durchzusetzen.

Painlevé fordert die Desannektion von Elsaß-Lothringen und Kriegsentschädigungen. Er fügt aber sofort hinzu, er wolle einen Frieden nicht des Zwanges und der Gewalt, der den Keim des nächsten Krieges in sich schlösse, sondern einen gerechten Frieden, durch den kein Volk unterdrückt wird.

Frage: Wie will Painlevé die Desannektion und die Kriegsentschädigung durchsetzen, wenn nicht durch Zwang und Gewalt? Glaubt er, daß Deutschland ihm Elsaß-Lothringen und Milliarden auf dem Präsentierbrett entgegenbringen wird? Nein, der bisherige Kriegsminister und jetzige Ministerpräsident Frankreichs weiß ebenso gut wie jedes Kind auf den Straßen von Paris, daß Deutschland an Frankreich Land und Geld erst dann herausgeben wird, wenn es so vollkommen geschlagen sein wird, daß jeder Widerstand als nutzlos erscheinen muß. Wielange wird es wohl bis dahin dauern? Auch der größte französische Optimist kann nicht annehmen, daß eine solche Niederlage Deutschlands vor dem nächsten Frühjahr denkbar ist, da der Winter alle größeren Operationen nahezu unmöglich macht. Vorsichtigere Leute, an denen es Frankreich heute auch nicht mehr fehlt, werden bemerken, daß es bis dahin auch noch zwei oder zwanzig Jahre dauern könnte. Aber auch der Optimist wird für die Lösung des Programms einen Zeitraum von mehr als einem halben Jahr in Anspruch nehmen, einen Zeitraum also, der ungefähr solange ist, wie der ganze deutsch-französische Krieg von 1870/71 gedauert hat. Was dieser Krieg an Blut und Gut verschlingen würde, wäre ein vielfaches von dem, was der deutsch-französische Krieg von 70/71 gekostet hat, und dann wäre der Erfolg immer noch höchst ungewiß. Nehmen wir aber an, es käme in Monaten oder Jahren wirklich so weit, daß Deutschland vollkommen geschlagen wäre, was würde dann geschehen? Frankreich würde dann eben durch Zwang und Ge-

Gewissensqual.

Novelle von August Strindberg.

(Fortsetzung.)

„In diesem stillen Tal," fuhr der Arzt fort, „wo friedliche Menschen wohnen, haben alle verwundeten Geister Heilung gesucht! Sehen Sie dort rechts, gerade über der kleinen Landzunge mit dem Turm und den Pappeln; dort liegt Ferney. Dahin flüchtete Voltaire, als er in Paris ausgegrinst hatte, und dort bebaute er die Erde und baute dem höchsten Wesen ein heiliges Haus. Dort liegt, weiter hierhin, Coppet. Dort wohnte Madame de Staël, der schlimmste Feind des Volksverräters Napoleon, sie, die die Franzosen, ihre Landsleute, zu lehren wagte, die deutsche Nation sei nicht Frankreichs barbarischer Feind, denn, Herr, die Nationen hassen sich nicht! Hierin, sehen Sie jetzt nach links, hierhin an diesen ruhigen Binnensee flüchtete der zerrissene Byron, der gleich einem gebundenen Titan sich aus dem Garn losgerissen hatte, in welches die Zeit des Rückschritts seine starke Seele hatte fangen wollen, und hier unten schrieb er sich seinen Tyrannenhaß in dem „Gefangenen auf Chillon" von der Seele. Dort, unter dem hohen Mont Grammont, vor dem kleinen Fischerdorf St. Gingolphe, war er eines Tages nahe daran, zu ertrinken, doch sein Leben war noch nicht vollendet. Hierher sind sie alle geflohen, die nicht die Luft der Verwesung leiden konnten, die wie eine Cholera über Europa stand nach dem Attentat der heiligen Allianz gegen die neuerworbenen Rechte der Revolution, das heißt des Menschen. Hier unten, tausend Fuß unter Ihren Füßen, dichtete Mendelssohn seine schwermütigen Lieder, hier schrieb Gounod seinen Faust! Können Sie nicht sehen, woher er seine Eingebungen zur Walpurgisnacht bekommen hat? Dort in den Abgründen der Savoyer Alpen! Hier donnerte Viktor Hugo seine rasenden Strafgesänge über den Dezemberverräter! Und hier, wunderlicher Scherz des Schicksals, hier unten in dem kleinen, stillen, bescheidenen Vevey, wohin niemals der Nordwind kommen kann, hier suchte Ihr eigener Kaiser die Schreckensbilder von Sadowa und Königgrätz zu vergessen. Dort verbarg sich der Russe Gortschakoff, als er den Boden unter seinen Füßen wanken fühlte; hier badete John Russell alle politische Unreinlichkeit ab und atmete reine, unverfälschte Luft; hier suchte Thiers seine, durch kreuzende politische Stürme oft verwirrten, sich widersprechenden, aber, wie ich glaube, ehrlichen Gedanken zu ordnen, und möge er jetzt, wo er die Geschicke seines Volkes tragen soll, sich der unschuldigen Stunden erinnern, in denen sein Geist in Ruhe mit sich selbst Zwiesprach halten konnte, hier vor der milden, aber ernsten Majestät der Natur! Und dort hinten, in Genf, Herr Leutnant! Dort wohnt kein König mit seinem Hof, aber dort wurde ein Gedanke geboren, der ebenso groß ist wie das Christentum und dessen Apostel, die tragen auch ein Kreuz, ein rotes Kreuz auf ihren weißen Fahnen! Und als das Mausergewehr auf den französischen Adler zielte, und das Chassepot auf den deutschen Adler, da wurde das rote Kreuz heilig gehalten, heilig von denen, die sich sonst vor dem schwarzen Kreuz nicht beugten, und in diesem Zeichen, glaube ich, wird die Zukunft siegen."

Der Patient, der die ungewöhnliche Rede ruhig angehört hatte, die so gefühlvoll, um nicht zu sagen sentimental war, als käme sie von einem Geistlichen und nicht von einem Arzt, fühlte sich geniert.

„Sie schwärmen, Herr Doktor," sagte er.

„Das werden Sie auch tun, wenn Sie hier drei Monate lang gewohnt haben," antwortete der Arzt.

„Sie glauben also an die Kur?" fragte der Patient, etwas weniger skeptisch als vorher.

„Ich glaube an die unendliche Kraft der Natur, die Kulturkrankheit heilen zu können!" antwortete er. „Fühlen Sie sich stark genug, eine gute Nachricht entgegenzunehmen?" fuhr er fort und betrachtete den Kranken genau.

„Vollkommen, Herr Doktor!"

„Nun denn, der Friede ist geschlossen!"

„Gott . . . welches Glück!" brach der Patient aus.

„Ja, allerdings," sagte der Arzt, „doch fragen Sie nicht mehr, denn Sie dürfen heute nicht mehr erfahren! Kommen Sie jetzt hinaus, aber auf eins müssen Sie gefaßt sein! Ihr Gesunden wird nicht so direkt vor sich gehen, wie Sie glauben! Sie können Rückfälle bekommen! Die Erinnerung, sehen Sie, ist unser schlimmster Feind und . . . doch folgen Sie mir jetzt."

Der Arzt nahm den Arm des Kranken und führte ihn in den Garten hinaus. Keine Gitter und keine Mauern versperrten den Weg, nur grüne Hecken, die den Wanderer in Labyrinthen zurückleiteten, von wo er gekommen war, doch hinter den Hecken waren tiefe Laufgräben, die unmöglich zu überschreiten waren. Der Leutnant suchte nach alten Worten für sein Entzücken, doch er fühlte, daß sie so schlecht zu dem paßten, was er empfand, daß er damit schloß zu schweigen, auf eine wunderbare stille Musik der Nerven lauschend. Es war, als ob alle Saiten der Seele wieder gestimmt worden wären, und er empfand eine Ruhe, die er seit langer, langer Zeit nicht gekannt hatte.

„Bezweifeln Sie noch, daß ich wieder hergestellt bin?" fragte er den Arzt mit einem wehmütigen Lächeln.

„Sie sind auf dem Wege der Besserung, wie ich Ihnen vorher gesagt habe, doch Sie sind noch nicht gesund."

Sie befanden sich jetzt vor einem kleinen gewölbten Steintor, durch das die Patienten, von Wärtern begleitet, hineinströmten.

„Wohin gehen alle diese Menschen?" fragte der Kranke.

„Folgen Sie ihnen, und Sie werden es sehen," sagte der Arzt. „Sie haben meine Erlaubnis." Und Herr von Bleichroden ging hinein. Der Arzt aber winkte einen Wärter zu sich.

„Gehen Sie hinunter nach dem Hotel Faucon zu Frau von Bleichroden," sagte er, „grüßen Sie und sagen Sie, ihr Mann sei auf dem Wege der Besserung, er hätte aber noch nicht nach seiner Frau gefragt. Wenn er das tue, sei er gerettet."

Der Wärter ging und der Arzt folgte dem Kranken durch das kleine Steintor.

Herr von Bleichroden war in einen großen Saal gekommen, der keinem Raum glich, den er bisher gesehen hatte. Es war keine Kirche, kein Theater, keine Schule, kein Rathaussaal, doch ein wenig von allen zusammen. Im Hintergrunde war eine Apsis, die sich in drei Fenstern mit farbigen Glasscheiben öffnete; es waren milde, harmonische Farben, als hätte ein großer Farbenkünstler sie komponiert, und das Licht, das hineinfiel, war in einem einzigen, großen harmonischen Dur-Akkord gebrochen. Es machte denselben Eindruck auf den Kranken wie der C-Dur-Akkord, mit dem Haydn das Dunkel des Chaos auflöst, wenn in der Schöpfung der Herr, nachdem der Chor eine lange, schmerzliche Arbeit gehabt hat, die ungeordneten Naturkräfte zu entwirren, schließlich ausruft: Es werde Licht, und Cherubim und Seraphim einstimmen.

Unterhalb der Fenster war eine Tropfsteinklippe, die ein Gewölbe bildete, aus welchem ein kleiner Bach leise hervorrann und in ein Bassin niederfiel, in dem Callas standen, deren geneigte Kelche weiß wie Engelsflügel waren. Die Pfeiler, die die Apsis umgaben, entbehrten jedes bekannten Stils, und ihre Schäfte waren mit braunem weichen Lebermoos bis zur Decke hinauf bekleidet. Das untere Getäfel der Wände war mit Tannenreisern bedeckt; und die großen Wandflächen mit angeheftetem Laub immergrüner Pflanzen, Lorbeer, Steineiche, Mistel, geschmückt; alle in Ornamenten, die auf keinen Stil zurückgeführt werden konnten; bisweilen waren sie auf dem Wege, Buchstaben zu formen, aber dann lösten sie sich in weiche, phantastische Pflanzenformen auf, wie die Arabesken Rafaels. Unter den Fensterlunetten hingen große Kränze, wie zu einem Maifest, und längs des Dachfrieses zog sich ein Ornament hin, das nicht auf die Lotusborte Aegyptens, den Mäander Griechenlands, die Acanthusvariationen Roms, die Untiere des Romanismus, noch auf das Dreiblatt und die Kreuzblüten der Gotik zurückgeführt werden konnte. Herr von Bleichroden sah sich um und fand den Boden mit Bänken bestellt, auf welchen die Patienten des Hospitals in stiller Verwunderung saßen. Er nahm auf einer Bank Platz und hörte Seufzer neben sich. Da sah er einen Mann, von vierzig Jahren wohl, der, das Gesicht mit den Händen bedeckt, weinte. Er hatte eine krumme Nase, Schnurr- und Spitzbart, und glich im Profil einem Bilde, das Herr von Bleichroden auf französischen Münzen gesehen hatte. Es war sicherlich ein Franzose. Hier sollten sie sich also treffen, hier saß Feind neben Feind, beide etwas beweinend. Was? Ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllt zu haben! Herr von Bleichroden wurde aufgeregt und unruhig, als eine schwache Musik sich hören ließ. Es war eine Orgel, die einen Choral spielte, aber einen Choral in Dur; es war kein lutherischer, kein katholischer, kein calvinischer, kein griechischer, doch er sprach, und der Kranke glaubte Worte zu hören, trostvolle, hoffnungsreiche Worte. Und jetzt stieg ein Mann die Apsis hinauf und blieb dort stehen, zur Hälfte von der Tropfsteinklippe verborgen. War das ein Priester? Nein, er war in einen hellgrauen Rock gekleidet, hatte ein hellblaues Halstuch um und seine Hemdbrust wurde in der Oeffnung der Weste sichtbar. Auch ein Buch hatte er nicht. Aber er sprach. Er sprach mild und einfach, wie man unter Freunden spricht; er sprach von den einfachen Lehren des Christentums, seinen Nächsten zu lieben wie sich selbst, geduldig, verträglich, verzeihend gegen Feinde zu sein; er sprach davon, wie Christus sich die Menschheit als ein einziges Volk gedacht habe, aber wie die böse Natur des Menschen diesem großen Gedanken entgegengewirkt, wie die Menschheit sich in Nationen, Sekten, Schulen gruppiert habe; aber er sprach auch die feste Hoffnung aus, die Grundsätze des Christentums würden bald verwirklicht werden. Und nachdem er eine Viertelstunde gesprochen hatte, stieg er hinab, nachdem er ein kurzes Gebet zu Gott dem Allmächtigen getan hatte, ohne Jesus, Jungfrau Maria, Nikolaus, Anastasius oder irgendeinen Namen genannt zu haben, der an ein offizielles Bekenntnis erinnern und Leidenschaften wecken konnte.

(Fortsetzung folgt.)

walt nehmen, was Deutschland ihm nicht freiwillig geben wollte. Glaubt Painlevé, daß sich das deutsche Volk, wenn ihm ein Stück deutschen Landes genommen und eine gewaltige Kriegskontribution auferlegt wird, sich nicht unterdrückt fühlen würde? Glaubt Painlevé, daß aus einem solchen Zwangs- und Gewaltfrieden ein dauernder Friede hervorgehen könnte? Daß er das nicht glaubt, sagt er ja selbst, indem er einen Zwangs- und Gewaltfrieden verwirft. Deutschland ohne Zwangs- und Gewaltfrieden Land und Geld abnehmen wollen, heißt die Quadratur des Zirkels suchen.

Man muß sich also fragen, was an der Programmrede Painlevés wörtlich zu nehmen und ernst gemeint ist: das pazifistische oder das annexionistische Programm? Nur eines von beiden kann der wirkliche Kern, das andere muß die schmückende Umhüllung sein.

In Deutschland wird man geneigt sein, in den friedensfreundlichen Redensarten des neuen Ministerpräsidenten die schmückende Beigabe und in seinen annexionistischen Forderungen den eigentlichen Kern seiner Erklärung zu erblicken. Möglicherweise — wir drücken uns absichtlich vorsichtig aus — könnte es aber auch umgekehrt sein. Dann wäre es der französischen Regierung mit dem Programm des gewaltlosen Friedens, des Verständigungsfriedens, ernst, und was über Elsaß-Lothringen und Kriegsentschädigungen gesagt wird, wäre nur eine stehende Redensart. Man denke daran, wie schwer es der deutschen Regierung wird, offen auszusprechen, daß sie auf Belgien verzichte! Und doch war Belgien niemals deutsches Reichsgebiet, und es hat im Gefühlsleben des deutschen Volkes niemals eine annähernd ähnliche Rolle gespielt wie Elsaß-Lothringen im Gefühlsleben des französischen. Ein französischer Ministerpräsident, der in offener Kammersitzung sagte, er verzichte auf Elsaß-Lothringen und auf Kriegsentschädigungen, würde gesteinigt werden. Herr Painlevé hat nicht den Mut gehabt, sich dieser Exekution auszusetzen, man muß aber zugeben, daß er sich viel vorsichtiger ausgedrückt hat als seine Vorgänger. Er spricht von einer Desannektion, also von der Aufhebung des Annexionsverhältnisses, in dem sich Elsaß-Lothringen seit 1871 zum deutschen Reiche befindet. Nun liegt es aber gar nicht in der Absicht des deutschen Volkes, Elsaß-Lothringen fürderhin als annektiertes Land zu behandeln, es soll vielmehr freier Bundesstaat werden, und bei wohlwollender Auslegung kann man finden, daß das Programm der Desannektion damit erfüllt sei.

Die zweite Frage, die der Kriegsentschädigung, ist gleichfalls eine sehr heikle Frage für alle kriegführenden Länder. Wenn Herr Painlevé seinem Volke nicht sagen will, daß es die Last der Kriegsschäden selber werde tragen müssen, so handelt er ebenso, wie bis vor kurzer Zeit auch Herr Helfferich und Graf Roedern gehandelt haben. Aufgabe der Sozialisten in allen Ländern wäre es, den Völkern die Erkenntnis nahezubringen, daß die beste Kriegsentschädigung ein dauernder Frieden ist, der die Welt von künftigen Kriegslasten befreit. Kriegsentschädigungen, die einen Anreiz zu neuen Kriegen bilden, bleiben aber immer eine Lüge in die eigene Tasche. Könnte Frankreich von Deutschland 100 Milliarden Kriegsentschädigung beanspruchen, so müßte es deswegen 5 Milliarden jährlich für Rüstungen ausgeben. Versicherungstechnisch ausgedrückt, die Versicherungsprämie würde die gesamten Zinsen des versicherten Kapitals auffressen. Jeder europäische Finanzfachmann weiß, daß es eine absolute Unmöglichkeit ist, die Kriegslasten einem einzigen Volke aufzuerlegen. Nur wenn diese Lasten auf die Schultern aller Völker verteilt werden, können sie getragen werden.

Darum ist auch schon der Gedanke aufgetaucht, die Kriegsschäden aus einer internationalen Friedensanleihe zu decken, die von allen beteiligten Staaten garantiert, mithin die sicherste Kapitalanlage der Welt wäre. Das Kapital und die Zinsenlast müßten auf die verschiedenen Staaten verteilt werden nach einem Schlüssel, der auf der Friedenskonferenz zu finden wäre.

Die Friedenskonferenz, das ist die Frage, um die sich alles dreht. Will Herr Painlevé in absehbarer Zeit eine Friedenskonferenz oder will er sie nicht? Er hat sich darüber nicht ausgesprochen, und so behalten die Zeichendeuter das Wort.

* * *

Eine Rede Ribots.

Bern, 19. September. (Havas.) Die Rede des Ministers des Aeußeren in der gestrigen Kammersitzung lautet: Vor einigen Monaten sagte ich mit Zustimmung der ganzen Kammer, daß wir keine geheime Diplomatie hätten, daß Frankreich bereit sei, alles zu sagen, weil es bei der Aufstellung seiner Friedensbedingungen keiner Begehrlichkeit unterliegt und weil es sein Recht fordere. Ich sagte, daß ich die bereitliegenden Urkunden veröffentlichen würde. Ich kann sie morgen veröffentlichen, aber dies hängt ja nicht allein von mir ab. Wir haben Alliierte. Wir müssen Hand in Hand in vollem Vertrauen mit ihnen vorgehen. In dem Maße, wie wir uns dem Ende des Krieges nähern, müssen wir mehr und mehr darüber wachen, die vom Feinde zur Veruneinigung der Alliierten angewandten Kunstgriffe wirkungslos zu machen. Wir werden den Sieg erringen, wenn wir einig bleiben. Deutschland weiß das. Sein ganzes Augenmerk ist darauf gerichtet, uns uneinig zu machen und uns zu schwächen. Die Bitte, jene Veröffentlichung aufzuschieben, ist aus Petersburg an mich gelangt. In der schwierigen Lage, in der sich unser großer Verbündeter befindet, darf ich seine Schwierigkeiten nicht vermehren. Sprach ich nicht deutlich genug. Es besteht irgend ein Zweifel wegen unserer Friedensbedingungen, wegen dessen, was wir fordern und was wir erreichen werden. Denn wenn wir es nicht erreichen, so würde es Tod und Entehrung für unser Land bedeuten. Wir gingen nicht mit Kriegszielen in dieses Ringen. 45 Jahre lang wünschten wir trotz der blutenden Wunde in unserer Seite den Frieden. Heute, nachdem all dieses französische Blut während des langen Ringens vergossen ist, das uns aufgezwungen wurde, was wollen wir heute? Das Recht! Frankreich will niemandem Gewalt antun und fordert nur sein Recht, und wenn man nicht hört, dann sprecht mir nicht von einem auf dem Recht begründeten Frieden, von einer Gesellschaft der Nationen, von einem dauerhaften Frieden, denn tot wäre er von vornherein, dieser schon beim Abschluß durch Ungerechtigkeit vergewaltigte Friede. Wenn wir vor der Welt die Rückgabe Elsaß-Lothringens fordern, sind wir die Vorkämpfer des verletzten Rechts, fordern von der Welt die unentbehrliche Vorbedingung für einen dauerhaften Frieden, die Gutmachung der vor 45 Jahren begangenen Ungerechtigkeit, die 45 Jahre hindurch auf der Welt lastete, und wenn man das nicht gewährt, gewährt man nichts; das würde einen Waffenstillstand für einige Jahre bedeuten. Während wir alle unsere Opfer nicht vergebens gebracht haben würden, wenn wir den Frieden auf das gründen, was ewig ist: Gerechtigkeit und Recht! Die Zurückgabe Elsaß-Lothringens genügt nicht. Wir fordern Wiedergutmachung, nicht Rache erstreben wir, sondern Strafen, die wir unseren Angreifern auferlegen wünschen. Es ist keine Geldstrafe, sondern Ersatz für alle frevelhaften Zerstörungen, die sie anrichteten. Könnten wir erhobenen Hauptes in diese verwüsteten Gebiete zurückkehren, welche die Male der Barbarei tragen und wenn wir für ihre Opfer nicht den schuldigen Ersatz gefordert hätten? Ich habe hinzugefügt, daß auch Bürgschaften nötig sind, die in der Gesellschaft der Völker als solche liegen. Welchen Wert würde die Unterschrift der deutschen Regierung haben, wenn hinter der ihren nicht die Unterschrift des deutschen Volkes selber stände? Aus Ihrem Beifall ersehe ich, daß ich Ihre Erwartungen nicht täuschte. Frankreich mußte den ersten Stoß der Barbarei aushalten. Seine Opfer geben ihm ein Recht, das Haupt hoch zu tragen. Es verdient Ausdrücke der Bewunderung, die die Welt so reichlich zollt. Wir erreichen den Abschluß dieses Krieges, wenn wir uns nicht in den Schlingen fangen lassen, die man uns stellen wird. Wenn wir dem Papste nicht antworten, befinden wir uns im Einklange mit den Alliierten. Was sollen wir auch trotz des hohen Ansehens des Papstes auf diese Einladung zu den Verhandlungen antworten? Wo wünscht man besonders, daß wir antworten? Dort, wo man nicht selbst antworten will. Als Wilson nach unseren Kriegszielen fragte, antworteten wir, wer antwortete nicht? Die Mittelmächte! Es wird angekündigt, daß sie dem Papste antworten werden. Warten wir die Antwort ab. Aber ist es wohlgetan, wenn wir sagen, daß selbst in der Papstnote, was Belgien angehe, man weit davon entfernt wäre, eine gewisse Welt zu befriedigen. Ja, man soll uns sagen, was man will. Geht man darauf ein, Elsaß-Lothringen zurückzugeben? Geht man auf die Wiedergutmachungen, auf die Gesellschaft der Nationen ein? Man soll es sagen, wir brauchen Gewißheit, daß man uns nicht in der Falle verstrickt. WTB

Die deutschen Gewerkschaften nach drei Kriegsjahren.

Der deutsche Holzarbeiterverband nach drei Kriegsjahren.

Von M. Kayser, Berlin.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hatte am Schluß des zweiten Quartals 1914, also kurz vor Ausbruch des Krieges, 192 465 Mitglieder, darunter 7569 weibliche. Er verfügte über einen Kassenbestand von 7 421 308 Mark, davon 5 286 336 Mark in der Hauptkasse. Um die Mitte des Jahres 1914 hatte es den Anschein, als sollte sich die Lage des Gewerbes, das lange unter einer schweren Wirtschaftskrise gelitten hatte, bessern, doch der Krieg vernichtete natürlich alle aufkeimenden Hoffnungen. Wie schwer die Holzarbeiter vor dem Kriege unter der Wirtschaftskrise gelitten hatten, läßt sich an den Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung ermessen. Im Jahre 1912 hatte der Verband hierfür 1 389 487 Mark ausgegeben, im Jahre 1913 war dieser Posten auf 2 250 806 Mark gestiegen. Das dritte Quartal 1914 erforderte noch eine Ausgabe von 729 634 Mark für Arbeitslosenunterstützung. Der Rückgang auf 343 124 Mark im zweiten Quartale berechtigte zu den besten Hoffnungen, die jedoch sehr gründlich zerstört werden sollten. Zwei Wochen nach Ausbruch des Krieges waren etwa 32 000 Mitglieder zum Heeresdienst einberufen, von den Zurückgebliebenen waren etwa 43 Prozent arbeitslos und von den übrigen arbeiteten viele mit verkürzter Arbeitszeit und entsprechend verkürztem Lohn. Die Arbeitslosigkeit ist in der Folge von Woche zu Woche zurückgegangen, sie hat sich aber noch bis Mitte des Jahres 1915 auf ungewöhnlicher Höhe gehalten. Die Holzindustrie hat zu ihrer Erholung und zur Anpassung an die Kriegswirtschaft länger gebraucht als andere Gewerbe. Das hängt damit zusammen, daß sie in der ersten Zeit des Krieges (abgesehen von einigen verhältnismäßig unbedeutenden Zweigen des Gewerbes, wie der Korbmacherei, die fortgesetzt mit der Lieferung von Geschoßkörben gut beschäftigt war) für Heereslieferungen nur wenig in Betracht kam. Soweit solche vorhanden waren, erhielt sie das Gewerbe meist erst aus zweiter Hand, nachdem gewisse Agenten den Rahm abgeschöpft hatten.

Gleich bei Ausbruch des Krieges waren die Einrichtungen des Verbandes ganz in den Dienst der Unterstützung der wirtschaftlichen Opfer des Krieges gestellt worden. Der Verband zahlte in der Hauptsache nur noch Arbeitslosenunterstützung, aber in niedrigeren Sätzen, als sie das Statut vorsieht. Diese Unterstützung wurde zunächst in unbeschränkter Dauer gezahlt. Erst vom Januar 1915 ab galten die seither ununterbrochen unterstützten Mitglieder als ausgesteuert. Die bei Kriegsbeginn beschlossene Unterstützung der Frauen der Eingezogenen mit 3 Mark wöchentlich ließ sich nicht durchhalten. Sie mußte am 1. November 1914 wieder aufgehoben werden. Dagegen erhielten die Frauen bisher alljährlich eine Weihnachtsgabe von 6 Mark und der gleiche Betrag wird als einmalige Unterstützung bei der Einberufung des Gatten bezahlt. Die Unterstützungsvorschriften des Statuts konnten Anfang Juli 1915 wieder in Kraft gesetzt werden.

Von Beginn des Krieges ab hat der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes mit der Leitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe zusammengearbeitet, um die Kriegsschäden für das Gewerbe und für die Arbeiter zu mildern. Die gemeinsamen Bemühungen zur Beschaffung von Aufträgen waren in vielen Fällen von Erfolg gekrönt. Die allgemeine Lage des Gewerbes gestattete erst im Herbst 1916 einen energischen Vorstoß zur Erhöhung der Löhne, der im Sommer 1917 wiederholt wurde. Der Erfolg der Vereinbarungen, die am 10. November 1916 im Reichsamt des Innern und am 8. August 1917 im Kriegsamt abgeschlossen wurden, waren neben einer Teuerungszulage im Gesamtbetrage von 35 Pfg. für die Stunde, eine bessere Regelung der vertraglichen Mindestlöhne. Diese betragen vom 15. September 1917 ab für die männlichen Arbeiter in den verschiedenen Ortsklassen 80 bis 110 Pfg., für die Arbeiterinnen 45 bis 60 Pfg. Unabhängig davon hat der Holzarbeiterverband durch tarifliches Abkommen unter Mitwirkung der Behörden die Lohnverhältnisse der Geschoßarbeiter und der Sägewerksarbeiter in Bayern und in Württemberg geregelt, ganz abgesehen von einer Menge sonstiger erfolgreicher Bemühungen, die Lage der Arbeiter zu bessern.

Der Mitgliederrückgang, unter welchen der Verband infolge der fortlaufenden Einberufungen litt, ist im Jahre 1916 zum Stillstand gekommen. Ende 1916 war der Tiefstand mit 68 249, darunter 8172 weibliche Mitglieder, erreicht; nach der letzten vorliegenden Abrechnung für das erste Quartal 1917 waren 72 828 Mitglieder, darunter 9906 weibliche, vorhanden. Als zum Heeresdienst eingezogen waren 105 602 Mitglieder gemeldet. Für Ende Juli 1917 kann die Mitgliedschaft wieder auf etwa 79 000 geschätzt werden. In den ersten drei Kriegsjahren hat der Verband, wenn man die Posten für das zweite Quartal 1917 schätzungsweise einstellt, an Arbeitslosenunterstützung 3 600 000 Mark, an Familienunterstützung 1 745 000 Mark ausgegeben. Hiervon entfallen 2 740 868 Mark Arbeitslosenunterstützung und 875 643 Mark Familienunterstützung auf das zweite Halbjahr 1914. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Schluß des ersten Quartals 1917 6 995 149 Mark. Es ist inzwischen weiter gestiegen und dürfte von dem Stand bei Ausbruch des Krieges nicht mehr sehr weit entfernt sein. Alles in allem genommen, kann man sagen, der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat den schweren Stürmen des Krieges standgehalten und seine gegenwärtige Aufwärtsentwicklung berechtigt zu den besten Hoffnungen.

Die neue Kriegsanleihe

muß

ein großer Erfolg werden. Nach dem Fall von Riga, nach der auf allen Fronten abgeschlagenen Offensive bleibt unsren Gegnern nur noch ein Hoffnungsschimmer: daß wir wirtschaftlich am Ende unsrer Kräfte stehen. — Ein schlechtes Ergebnis der Kriegsanleihe verlängert den Krieg ins Unabsehbare, weil die Feinde dann neue Zuversicht schöpfen und neue Vernichtungspläne schmieden.

Darum zeichne!

22. deutscher Ortskrankenkassentag.

Dresden, 17. September.

In der Aussprache über die Fürsorge für Geschlechtskranke hob Präsident Dr. Kaufmann (Berlin) die Bedeutung der Beratungsstellen hervor, die der Referent nicht genügend gewürdigt habe. Er machte mehrere Abänderungsvorschläge zu den Leitsätzen des Referenten, die nach weiteren Auseinandersetzungen mit einer geringen Aenderung angenommen wurden.

Dr. Braun (Berlin) hielt dann einen Vortrag über die fachärztliche Behandlung der chronischen Beinleiden. Seine Darlegungen wurden durch Lichtbilder wirkungsvoll unterstützt. Er sagte, die chronischen Beinleiden seien unter den krankenversicherten Bevölkerungskreisen weit verbreitet und legten den Kassen hohe Kosten auf. Daher sollten die Krankenkassen dieser Krankheitsgruppe erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden und bei der Krankenstatistik besonders erfassen. Fachärztliche Behandlung verhüte bis auf einen geringen Bruchteil die Arbeitsunfähigkeit oder verkürze doch ihre Dauer, entlaste dadurch die Krankenkassen und erspare den Kranken erhebliche Leiden und Verdienstausfälle.

Ueber die

Aenderung der Reichsversicherungsordnung

hielt das erste Referat Justizrat Dr. Mayer (Frankenthal). Er stellt das Bevölkerungsproblem an die Spitze seiner Erörterungen. Für die Umänderung der Reichsversicherungsordnung solle der Gesichtspunkt einer gesunden Bevölkerungspolitik richtunggebend sein. Von den grundsätzlichen Aenderungen, die der Redner vorschlägt, sind hervorzuheben: Bei der Versicherungspflicht soll die Einkommensgrenze auf 4000 Mark, bei der Versicherungsberechtigung auf 6000 Mark ausgedehnt werden. Die gesetzlichen Befreiungen von der Versicherungspflicht und die Befreiungsmöglichkeiten sind aufzuheben. Die Versicherungspflicht soll auf selbständige Betriebsinhaber ausgedehnt werden, die nicht mehr als fünf Personen gegen Entgelt beschäftigen. Die Wochenhilfe müßte im Anschluß an die Krankenkassen dauernd gewährt werden, und zwar als Regelleistung. Auch die Familienhilfe soll als Regelleistung eingeführt werden. Bezüglich der Organisation der Krankenversicherung fordert Redner, daß es nur allgemeine Ortskrankenkassen und Betriebskrankenkassen geben soll, letztere nur bei mindestens 3000 Versicherten. Der Abschnitt „Ersatzkassen" in der Reichsversicherungsordnung sei zu streichen. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen müsse besser gewahrt werden. Notwendig wäre eine Verbesserung der Rechte der Krankenkassen, sich zu versammeln und zu vereinen. Die Behörden würden wohl gelernt haben, daß es sich nicht empfiehlt, den Krankenkassen bei Entfaltung ihres Vereinigungsrechts Fesseln anzulegen. Wir wollen nicht, daß unsere Forderungen vertagt werden, nein, einzelne Forderungen müssen schon während des Krieges und möglichst bald erfüllt werden. Den Krankenkassen muß gestattet werden, Mehrleistungen einzuführen, Leistungen neuer, in der Reichsversicherungsordnung nicht erwähnter Art zu schaffen. (Zustimmung.)

Rechtsanwalt Dr. Baum führte als zweiter Referent aus, die Krankenversicherung müsse mitarbeiten an der Hebung der Schäden, die der Krieg uns geschlagen, an der Schaffung eines gesunden Nachwuchses. Die materiellen Leistungen der Kassen müßten besser gesichert werden. Die Fesseln und Schranken, die parteipolitisches Mißtrauen den Krankenkassen aufgedrängt haben, müssen fallen. In der Krankenversicherung soll der Geist des Vertrauens vom 4. August 1914 einziehen. (Lebhafter Beifall.) Die Krankenversicherung soll ausgebaut werden auf alle wirtschaftlich schwachen, erwerbstätigen Personen. Die Gefahr einer Proletarisierung der Aerzte durch die Ausdehnung der Krankenversicherung bestehe nicht, hier eröffneten sich gemeinsame Aufgaben. Der Referent ging noch auf die Selbstverwaltung ein und besprach dabei besonders die Bestimmung der Reichsversicherungsordnung über die Wahl des Vorsitzenden. Es könne niemand behaupten, daß durch diese Bestimmung die Sozialdemokratie bekämpft und geschwächt worden ist oder die Stellung der Arbeitgeber gehoben wurde. Erzielt wurde jedoch, daß wegen der Wahl des Vorsitzenden Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausbrachen. Die Befürchtung, daß sozialdemokratische Agitatoren in Kassenstellungen hineingebracht werden, ist jetzt wohl hinfällig geworden, da Sozialdemokraten selbst Unterstaatssekretäre werden können. (Heiterkeit.) Darum können auch Bestimmungen auf diesem Gebiete fallen. Wir stellen alle diese Forderungen auf im Interesse der deutschen Volksgesundheit. (Stürmische Zustimmung.)

An die Referate über die Aenderung der Reichsversicherungsordnung schloß sich eine längere Besprechung, in der Runck (Hamburg) verlangte, daß auch das Wahlrecht zu den Versicherungsämtern geändert werde. Die Bestimmungen über das Beschwerderecht bedürften ebenfalls einer Neuregelung.

Nach weiteren Ausführungen, in denen auch das Recht der Kassen zur Kontrolle bei den Arbeitgebern über die Gehaltsanmeldung gefordert wird, stimmte der Kongreß mit großer Mehrheit einem Antrag Gräf, Bauer und Runck zu, wonach in den Leitsätzen der Referenten bei Organisation der Krankenversicherung die Bestimmungen über Betriebskrankenkassen gestrichen werden. Die Forderung zu diesem Kapitel lautet nun: „Es soll nur allgemeine Ortskrankenkassen geben."

Die Vorschläge der Referenten wurden im übrigen einer Kommission für die Abänderung der Reichsversicherungsordnung überwiesen.

Ueber die

Arztfrage

sprach hierauf Geschäftsführer Lehmann (Dresden). Es sei immer versucht worden, mit den Aerzten eine Verständigung zu erzielen. Wenn es nicht gelungen wäre, dann liege dies an dem mangelnden Einfluß der Gesetzgebung auf die Aerzte. Die Hoffnung, daß das Berliner Abkommen Frieden bringe, habe sich nicht erfüllt. Die Aerzte versuchten, das Programm des Leipziger Verbandes im Rahmen des Berliner Abkommens zur Durchführung zu bringen. Lehmann begründet in seinen weiteren Ausführungen eine Entschließung, in der gesagt wird:

> Die wirtschaftlichen Ziele des Leipziger Aerzteverbandes sind mit den Grundlagen der Krankenversicherung unvereinbar, daher konnte das Berliner Abkommen den Frieden in der Arztfrage nicht bringen. Die Gesetzgebung muß den ärztlichen Beruf der Sozialversicherung baldigst eingliedern, wenn deren durch den Krieg erweiterte Aufgaben gelöst werden sollen. Dabei sind die Grundlagen des Berliner Abkommens, die sich bewährt haben, zu übernehmen; das Schiedsverfahren ist jedoch durch Verhandlungszwang und durch Schaffung einer Revisionsinstanz auszubauen. Ablaufende Verträge sollen erst nach Friedensschluß erneuert werden. Es ist zu beachten, daß die Wirtschaftslage noch mehr als bisher dazu zwingt, alle Kräfte zusammenzufassen und haushälterisch zu benutzen. Daher gilt für Arztverträge als grundlegend: Die Zahl der Aerzte ist auf das im Berliner Abkommen bezeichnete Maß zu beschränken. Für die Höhe der ärztlichen Vergütung ist das kassenärztliche Gesamteinkommen und die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen zu berücksichtigen. Die Familienhilfe ist keineswegs höher als die Mitgliederbehandlung zu vergüten; andernfalls kann ein Barzuschuß für ärztliche Hilfe gewährt werden. Bei Berechnung der ärztlichen Vergütung und Regelung des ärztlichen Dienstes sind die Krankenkassen durch Vertreter zu beteiligen. Verträge sollten von den Krankenkassen erst nach Begutachtung durch ihre zuständige Kassenvereinigung geschlossen werden.

In der Aussprache wandte sich Verbandsvorsitzender Fräßdorf gegen den Vorwurf der Aerzte, die Krankenkassen bezahlten zu schlecht. Diesen Vorwurf bekäme man endlich satt, weil der Nachweis geführt sei, daß die Aerzte, die nur einigermaßen für die Kasse tätig sind, geradezu fürstliche Gehalte beziehen. In Gera seien Gehalte von 34 000 und 36 000 Mark für das Jahr bezahlt worden, und trotzdem hätte das Honorar erhöht werden müssen. Wir wünschen keine schlechte Bezahlung der Aerzte, es sei ihnen gern das Gehalt eines Regierungsrats zugebilligt, wir wünschen aber auch nicht die Bezahlung von Aerzten, die wir gar nicht brauchen. Wir werden uns überlegen müssen, ob wir weiter eine so große Anzahl von Aerzten gebrauchen. Das allgemeine Interesse muß über das der Aerzte gehen. (Beifall.)

Die Entschließung des Referenten fand einstimmige Annahme.

Ueber den Punkt

Die Arzneiversorgung der Krankenkassen

referierte hierauf Kassenvorsitzender Braß (Remscheid). Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apothekern könne bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen des Apothekerberufs nicht befriedigend gestaltet werden. Daher wäre die schleunige Umgestaltung des Apothekenwesens durch Ueberführung der Apotheken in gemischtwirtschaftliche Gemeindebetriebe zu fordern. Eine Entschließung im Sinne der Ausführungen des Referenten fand Zustimmung.

Die

Gründung einer Ruhegehaltsversicherung deutscher Krankenkassen

besprach kurz Fräßdorf. Es wurde hierzu ein Beschluß gefaßt, nach dem der Vorstand beauftragt wird, gemeinsam mit den übrigen beteiligten Krankenkassenhauptverbänden die Vorarbeiten für die Errichtung einer deutschen Ruhegehaltsversicherung, die die Interessen der Selbstverwaltung und der Angestellten sichert, fortzusetzen. Diese Vorarbeiten sollen so gefördert werden, daß noch im Laufe des Jahres 1817 die Errichtung einer solchen Versicherung vor sich gehen kann.

Der Kongreß erledigte hierauf noch innere Organisationsangelegenheiten, Aenderung der Verbandssatzungen, Entgegennahme des Geschäftsberichts und die Neuwahl des Vorstandes. Wiedergewählt wurden Fräßdorf als Vorsitzender, Benndorf (Dresden) als stellvertretender Vorsitzender; als Beisitzer Justizrat Dr. Mayer (Frankenthal), Kommerzienrat Simon (Berlin), Prokurist Sieberts (Düsseldorf), Kassenvorsitzender Graf (Frankfurt a. M.), Direktor Kohn (Berlin), Kassenvorsitzender Leichsenring (Straßburg), Kassenvorsitzender Rhein (Bremen) und Stadtverordneter Würz (Stuttgart); neugewählt wurden Stadtverordneter Scholich (Breslau) und Stadtverordneter Hof (Karlsruhe). Die nächste ordentliche Tagung soll in Kassel stattfinden.

Parteinachrichten aus dem Verbreitungsbezirk.

Sozialdemokr. Verein für den Wahlkreis Dortmund-Hörde.

Filiale Brambauer. Sonntag, den 23. September, vormittags 10 Uhr wichtige Sitzung im Lokale Mauske, Karlstr. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Filialleitung.

Aus dem Wahlkreis Dortmund-Hörde.

Dortmund, 22. September.

Die Dortmunder Lebensmittelversorgung.

Versorgung mit Weißkohl. Aus den von der Stadtverwaltung abgeschlossenen Lieferungsverträgen ist bald eine größere Zufuhr in Weißkohl zu erwarten. Der Weißkohl soll geschabt und in Köpfen abgegeben werden. Geschabt soll die Ausgabe auf Karte erfolgen und zwar am Viehmarkt; auf den Kopf werden etwa 25 Pfund abgegeben. Ungeschabt wird der Weißkohl ohne Begrenzung der abzugebenden Mengen zu kaufen sein auf dem Markt, in den städtischen Verkaufsstellen am Freiladegleis auf dem Bahnhof Dortmund-Süd und am Viehmarkt und in den Gemüsehandlungen. Der Preis ist festgesetzt auf 5,50 Mk. der Zentner am Freiladegleis, 6 Mk. in den Verkaufsstellen und 6,50 Mk. bei Mengen unter einem Zentner. Der eingeschabte Weißkohl wird sich auf 7 Mk. stellen. Nähere Bekanntmachung ergeht noch.

*

Der Kleinverkaufspreis von Kartoffeln beträgt von nächster Woche ab 9 Pfg. für das Pfund.

*

Der Verkauf von Süßstoff erfolgt in nächster Zeit nicht mehr durch die Apotheken, sondern in einer Anzahl eigens dazu bestimmter Kolonialwarengeschäfte.

*

Aplerbeck wird die Stadt demnächst an Personen über 65 Jahre, Kranke und kleine Kinder (nicht Säuglinge) verteilen lassen.

*

Die Lebensmittel der nächsten Woche. Zur Verteilung kommen nächste Woche: ¼ Pfund Buchweizengrütze oder Graupen, ¼ Pfund Hülsenfruchtnährmittel, ⅛ Pfund Butter, ¼ Pfund Kunsthonig, ¼ Pfund Teigwaren, 7 Pfund Kartoffeln, 150 oder 175 Gramm Fleisch und statt Wurst 50 Gr. Fett aus gewerblichen Schlachtungen.

Dürfen wir uns die hohen Kartoffelpreise gefallen lassen?

* Angesichts der reichen, überreichen Ernte an Kartoffeln müßten sich die Verbraucher, ihre Organisationen und namentlich auch die Körperschaften der hauptsächlichen Verbrauchergemeinden allenthalben zu einem scharfen Protest gegen die Entwicklung der Kartoffelpreise erheben. In gar keiner Weise ist diese steigende Entwicklung berechtigt, das wird selbst in landwirtschaftlichen Kreisen, soweit sie vernünftigen Erwägungen zugänglich sind, offen zugegeben, und bezeichnend ist es ja auch, daß aus ländlichen Gemeinden Beschlüsse der Verwaltungen bekannt werden, die darauf zielen, daß die Preise alsbald heruntergesetzt werden.

In Paderborn, in Bielefeld, Münster, Melle, in den Industriegemeinden und überall sonst, wo diese Preisentwicklung sehr erhebliche Folgen für das Wohl und Wehe breiter Volksschichten haben wird, hat man sich entschlossen, Versuche zu einer Einwirkung auf die Reichskartoffelstelle und auf die sonst in Betracht kommenden Zentralstellen zu machen.

Das genügt nicht. Die Bewegung müßte zusammengefaßt werden, und ihre Kraft würde dann durchdringen und uns das bringen, worauf wir berechtigten Anspruch haben: Kartoffelpreise, die der Ernte entsprechen, und die keine Wucherpreise sind. Ueberall wird festgestellt, daß bei den vorläufig gültigen Preisen der Zentner Kartoffeln den Verbrauchern auf mindestens acht bis neun Mark (!) kommen wird.

Das läßt sich in keiner Weise rechtfertigen. Die klugen Kartoffelbauern haben ja in weiser Erkenntnis der Lage der Dinge sich auf den Anbau ertragreicher robuster Kartoffeln geworfen, d. h. auf Sorten, die man gewöhnlich als Schweinekartoffeln bezeichnet. Dagegen ist auch nichts einzuwenden, denn daß es eine reichliche Ernte geben würde, war nicht vorauszusehen, und es mußte deshalb unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß auf jeden Fall ein gewisser Mindestertrag erzielt würde. Dieser Mindestertrag ist nun in einen doppelten und dreifachen Ertrag umgeschlagen.

Es wird festgestellt, daß bei einer Ernte, wie sie heute schon feststeht, sonst für den Zentner höchstens zwei Mark gezahlt worden sind. Wie will man da den Preis von 8 bis 9 Mark rechtfertigen?

Die dringende Forderung des Tages ist, daß sich alle Industriegemeinden und die, die sich sonst beteiligen wollen, zu einer wirksamen Einwirkung zusammenfinden.

Schwindel mit Glanzstärke.

* Seit einiger Zeit wird von Oberschlesien in allen Teilen Deutschlands Glanzstärke unter dem Namen „Hoffmanns Silberglanzstärke" in den Handel gebracht. Die Verpackung trägt die Warenschutzzeichen der Hoffmannschen Stärkefabriken in Bad Salzuflen. Für einen Karton mit vier Päckchen dieser Stärke werden im Kleinhandel 2,60 bis 3 Mark verlangt, während für einen Karton echte Hoffmannsche Silberglanzstärke früher 20 Pfg. bezahlt wurden. Die Erhöhung des Kleinhandelspreises wird damit erklärt, daß die Stärke jetzt in einer auf österreichischem Boden liegenden Fabrik der Hoffmannschen Stärkefabriken, A.-G., hergestellt und von dort aus unter Zahlung von hohen Zollgebühren oder sonstigen großen Unkosten nach Deutschland gebracht wird. Um die Täuschung, daß die Stärke aus Oesterreich eingeführt ist, wahrscheinlicher zu machen, tragen die Etiketts der Stärkekartons den Aufdruck „Preis 24 Heller".

Wie die Hoffmannschen Stärkefabriken in Salzuflen mitteilen, mußte die Herstellung von Hoffmanns Silberglanzstärke seit etwa zwei Jahren infolge Mangels an Reis eingestellt werden. Sowohl die Vorräte der Fabriken, als auch die bereits an Groß- und Kleinhändler seitens der Fabriken gelieferten Bestände sind nach zuverlässiger Schätzung schon seit längerer Zeit verbraucht, so daß die Fabrikate der Hoffmannschen Stärkefabriken nicht mehr zu beziehen sind.

Bei der jetzt in den Handel gebrachten Stärke handelt es sich um ein Schwindelfabrikat, das nach der chemischen Untersuchung durch das Königl. hygienische Institut in Beuthen (Oberschlesien) aus nur 17 Prozent Kartoffelmehl, wenig Borax und in der Hauptsache aus Gips besteht. Der Wert des Fabrikats beträgt nur wenige Pfennige. Der geforderte Kleinhandelspreis von 2,60 bis 3 Mark für einen Karton muß daher als wucherisch hoch bezeichnet werden.

Das Publikum wird dringend vor dem Ankauf dieses Schwindelfabrikats gewarnt und ersucht, sobald es ihm zum Kauf angeboten wird, dem Lebensmittel-Polizeiamt, Olpe 7, sofort Mitteilung zu machen.

Gegen Kaufleute, die mit dieser Stärke Handel treiben, wird wegen Verletzung des Musterschutzes, Wucher und gegebenenfalls wegen Kettenhandels vorgegangen werden.

* **Die Wasserpreiserhöhung**, über die die Stadtverordneten am Montag Beschluß fassen sollen, wird vom Magistrat u. a. wie folgt begründet: Die Verhältnisse beim Wasserwerk erfordern eine Wasserpreiserhöhung. Die Selbstkosten sind außerordentlich gestiegen. In erster Linie die Kohlenkosten (vergl. unsere heutige Vorlage, betr. Nachbewilligung von 155 000 Mk. für Kohlen). Sodann aber auch die Kosten aller übrigen Rohstoffe und Materialien, insbesondere der Dichtungs- und Schmiermaterialien, desgleichen die Arbeitslöhne und die Kriegsunterstützungen. Der Verschleiß der Maschinen hat einen ganz bedenklichen Grad erreicht. Auch die Wassermesser weisen eine außerordentliche Abnutzung auf. Aehnliches gilt von den übrigen Anlagen des Werkes. Es naht die Zeit, in der ganz besonders hohe Mittel aufgewendet werden müssen, um den unnatürlichen Verschleiß zu beseitigen und die Werksanlagen zu erneuern. Hierfür muß eine ausreichende Rücklage angesammelt werden. Es ist nicht weiter angängig, daß wir, wie in den neuesten Haushaltsplänen, die Stärkung der Rücklage unterlassen, wir müssen sie vielmehr steigern, wenn der Haushalt des Werks nicht demnächst in verhängnisvolle Unordnung geraten soll. Aus diesen Erwägungen heraus hat uns die Wasserwerksdeputation einstimmig vorgeschlagen, bis auf weiteres auf die Rechnungen der Verbraucher, die nicht durch langfristige Verträge oder durch das Eingemeindungsgesetz gegen eine Wasserpreiserhöhung gesichert sind, einen Zuschlag von 25 v. H. zu nehmen. Demgegenüber hat die Finanzkommission, unter grundsätzlicher Billigung der Wasserpreiserhöhung, gleichfalls einstimmig empfohlen, den Tarif vom 1. April 1909 (vergl. Bürgerbuch S. 304) unter I. durch Erhöhung des Preises von 11 Pfg. auf 14 Pfg. je Kubikmeter und des Zimmer-Mindestsatzes von 2 Mark auf 2,50 Mark, unter II. durch Erhöhung der Preise um 3 Pfg. je Kubikmeter zu ändern. Die Wasserwerksdeputation sowohl wie die Finanzkommission wollen die Preiserhöhung vom 1. Januar 1918 ab eintreten lassen. Der Vorschlag der Finanzkommission unterscheidet sich von dem der Wasserwerksdeputation im wesentlichen dadurch, daß er die größeren Verbraucher stärker heranzieht und der Stadt etwa 350 000 Mark einbringt, während die von der Wasserwerksdeputation empfohlene Aenderung nur etwa 280 000 Mark ausmacht. Wir haben uns dem Vorschlag der Finanzkommission angeschlossen. Wir verkennen nicht, daß die Wasserpreiserhöhung eine unwillkommene Belastung der Verbraucher bedeutet, glaubten aber, ihr mit Rücksicht auf die geschilderte finanzielle Notlage des Werks sowie im Hinblick darauf zustimmen zu sollen, daß unsere Wasserpreise im Vergleich mit fast allen anderen Städten sehr mäßig sind. Selbst nach der jetzt vorgeschlagenen Erhöhung werden nur ganz wenige Städte geringere Preise haben als wir.

* **Erhöhung des Kriegskredits.** Die nächste Stadtverordnetensitzung soll über einen neuen Kriegskredit von 2½ Millionen Mark beschließen. Der Magistrat begründet die Vorlage wie folgt: Durch die Stadtverordnetenbeschlüsse vom 3. August 1914, 17. Januar und 25. September 1916 sowie vom 19. Februar 1917 sind uns zur Bestreitung von außergewöhnlichen Ausgaben aus Anlaß des Krieges insgesamt 10 000 000 Mark zur Verfügung gestellt worden. Unter der Voraussetzung, daß die Erstattungen vom Reich und Staat sich fernerhin in bisheriger Höhe erhalten werden, ist der vorgenannte Kredit nahezu erschöpft. Bis zum 1. v. M. betrugen diese außerordentlichen Ausgaben, insoweit sie aller Voraussicht nach von der Stadt zu tragen sind, rund 9 880 000 Mark.

* **Wie verlängere ich mein Brot?** So oder so ähnlich machte der Brothändler Schmitz, Münsterstr. 50, in Anzeigen Reklame und lenkte dadurch nicht nur die Aufmerksamkeit brotknapper Leute, sondern auch der Polizei auf sich. Es wurde festgestellt, daß der Mann Spekulatius, den er in Unna tags zuvor für 2,50 Mk. gekauft hatte, für 5 Mk. verkaufte. Für diesen Wucher hat er 15 Mk. blechen müssen. Er soll aber noch andere Sünden auf dem Kerbholz haben, z. B. wird ihm nachgesagt, daß er Brot gegen Kohlenscheine (!!), Zuckermarken usw. abgegeben hat. Die Wohlfahrtskommission hat beschlossen, dem tüchtigen Händler für 14 Tage die Bude zuzumachen. — Eine Familie, die auch ihren Brotvorrat „verlängern" wollte, geriet an die Händlerin Kirchhoff in der Kirchderner Straße, die sich für ein Sechspfundbrot ohne Marken sage und schreibe 6 Mark bezahlen ließ! Da sie außerdem noch nicht gültige Brotmarken angenommen hat, hat die Wohlfahrtskommission den Beschluß gefaßt, ihr das Geschäft wegen Unzuverlässigkeit zu schließen.

* **Das Hamsterlager in der Wirtschaft „Zur Krone"** am Markt, über dessen Aufhebung wir die erste Nachricht brachten, hat sich als wohlgefüllt erwiesen. Wie jetzt feststeht, wurden beschlagnahmt: etwa 4000 Eier, 3—4 Pfund Butter, 91½ Pfd. Rindfleisch, 12 Schinken im Gewicht von 178 Pfd. und mehrere Seiten Speck im Gewicht von 128 Pfund. Daß Fleischspeisen ohne Marken abgegeben sind, hat sich bisher nicht nachweisen lassen. Die Wohlfahrtskommission hat gestern beschlossen, bis zur Erledigung des gerichtlichen Verfahrens die Lieferung städtischer Lebensmittel an die „Krone" einzustellen.

* **Einmalige Kriegsteuerungszulagen** sind nunmehr auch den städtischen Ruhegehalts- und Ruhegeldempfängern mit nicht mehr als 2500 Mark Gesamteinkommen jährlich und ebenso den Witwen städtischer Beamten, Angestellten und Arbeiter mit nicht mehr als 1200 Mark Gesamteinkommen jährlich (ohne Waisengeld) im Falle der Bedürftigkeit bewilligt worden. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, gelangen die Beträge in den nächsten Tagen zur Auszahlung.

* **Sonntags- und Nachtdienst der Apotheken.** Folgende Dortmunder Apotheken sind am Sonntag, den 23. September von 1 Uhr mittags ab geöffnet: Einhorn-Apotheke, Kuhstr. 2, Stern-Apotheke, Rheinischestr. 22, Löwen-Apotheke, Münsterstraße 9, Hansa-Apotheke, Bornstr. 89, Hirsch-Apotheke, Kaiserstraße 4, Germania-Apotheke, Arneckestr. 33. Diese Apotheken versehen auch den Nacht-Apotheken-Dienst vom 23. September bis einschließlich 29. September, von abends 8 Uhr bis morgens 8 Uhr.

* **Schöffen- und Geschworenenliste.** Die Liste derjenigen Personen des Stadtkreises Dortmund, die während des Jahres 1918 zu dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, liegt vom 22. bis 28. September dieses Jahres einschließlich im städtischen Verwaltungsgebäude 1, Betenstr. 28, Zimmer 70, zur Einsicht offen. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste können während der angegebenen Zeit erhoben werden.

* **Glück im Unglück.** An der Straßenkreuzung Born- und Rolandstraße fuhren am Freitag in wildem Tempo zwei Flachwagen, von jugendlichen Führern gelenkt, in kurzem Abstande die Bornstraße hinunter und auf dem ersteren hüpften einige Pyramiden Marktkörbe. Davon kam eine gegenüber der Rolandstraße zum Stürzen und geriet, auf das Asphalt rollend, dem Pferde des zweiten Wagens so plötzlich in die Vorderbeine, daß das Tier in jähem Sturz zusammenbrach und sich schier überkugelte, während der Junge, der es lenkte, im Saltomortale darüber hinwegflog, um in einer Entfernung von kaum drei Schritten vor der aus der Rolandstraße kommenden Straßenbahn auf dem Asphalt zu landen. Dem Führer der Elektrischen gelang es, den Motorwagen sofort zum Stehen zu bringen, sonst wären der Junge sowohl wie der Gaul unter die Räder des Wagens geraten. Einem glücklichen Zufall ist es zu danken, daß die Sache nur einige Hautabschürfungen im Gefolge hatte.

* **Einbruchsdiebstähle.** Im Hause Kreuzstraße 79 wurden dem Eisenbahnassistenten Höhle Kleidungs- und Wäschestücke, sowie über 100 Mark bares Geld gestohlen. Der Einbruch wurde am hellen Nachmittag, während die Frau H. ausgegangen war, verübt. — Lebensmittel, Wäsche und Kleider, sowie bares Geld und Lebensmittelkarten fielen nächtlichen Einbrechern in die Hände, die bei der Familie Becker, Holländischestraße 19, einbrachen. In beiden Fällen sind die Täter noch unentdeckt.

Hörde. In der städtischen Sparkasse wurden im letzten Geschäftsjahre an Spareinlagen 925 396,95 Mark mehr eingelegt als zurückgezahlt. Die nicht abgehobenen, den Einlagen zugeschriebenen Zinsen betragen 797 753,38 Mark, mithin ist eine Zunahme der Spareinlagen für 1916 in Höhe von 1 723 150,33 Mark, gegen nur 79 080,10 Mark im Jahre 1915 zu verzeichnen. Die Spareinlagen im Jahre 1916 betrugen 9 742 258,05 Mark, während 8 816 861,10 Mark abgehoben wurden; der Gesamtbetrag der Spareinlagen stellte sich am Ende des Jahres auf 21 671 346,38 Mark. Die Zahl der am Schlusse des Jahres 1916 vorhandenen Sparbücher betrug 17 982, gegen das Vorjahr mehr 1082 Stück. Die Ueberschüsse der Sparkasse betrugen 108 320,46 Mark, gegen 116 278,60 Mark im Vorjahre. Die Zinsüberschüsse des Reservefonds betrugen 54 588,25 Mark gegen 51 554,60 Mark im Vorjahre. Von den Ueberschüssen der Sparkasse = 108 320,46 Mark und den Zinsen des Reservefonds = 54 588,25 Mark, zusammen 162 963,71 Mark, sind der Stadtgemeinde Hörde drei Viertel mit 122 181,53 Mark zur Befriedigung außerordentlicher kommunaler Bedürfnisse zur Verfügung gestellt worden. Die Stadtgemeinde Hörde hat seit dem Bestehen der Kasse zur Befriedigung außerordentlicher Bedürfnisse 1 293 849,24 Mark erhalten. Der Reservefonds betrug, einschließlich der der Stadtgemeinde Hörde zur Verfügung gestellten 122 181,53 Mark für das Jahr 1916 und 5 989,54 Mark aus den Vorjahren, Ende 1916: 1 352 509,97 Mark oder 6,24 Prozent des Einlagenbestandes von 21 671 346,38 Mark.

Hörde. In der Zeit vom 23. bis 29. September cr. gelangen folgende Lebensmittel zur Verteilung: a) Butter- und Margarinemarken: Ab Donnerstag auf die Butter- 32½ Gr. und auf die Margarinemarken 30 Gr. Margarine. Auf die Butterzusatzmarken für Schwerstarbeiter Anteil B 21 bis B 25 je 62½ Gr. Margarine. Auf die Butterzusatzmarken für Rüstungsarbeiter Anteil R 21 bis R 25 je 25 Gr. Margarine. b) Kartoffelkarte: Auf Kartoffelkarte 21: 7 Pfund Kartoffeln. c) Warenkarte: Ab Donnerstag auf Warenkarte 59 gekr. und ungekr. 250 Gr. Haferflocken, auf Warenkarte 60 gekr. und ungekreuzt 125 Gr. Kaffee-Ersatz. — Auf die mit dem Stempel Küchenteilnehmer versehenen Warenkarten ist nur die Hälfte der obengenannten Warenmengen zu verabfolgen.

Aplerbeck. Der Zeche „Schürbank" hierselbst wurde ein Treibriemen im Werte von etwa 800 Mark gestohlen.

Nette. In der Gemeinderatssitzung am 19. ds. Mts. standen folgende Punkte zur Beratung: Unter anderem war bezb.

sichtigt, die hiesige Volksküche stillzulegen und die noch vorhandenen Bezieher der Küche in Mengede zu überweisen. Die Stillegung wurde abgelehnt, weil in nächster Zeit wieder auf eine größere Teilnehmerzahl zu rechnen ist. Die Werksverwaltung von „Hansemann" soll eventuell ersucht werden, einen größeren Zuschuß als bisher zu leisten. Bei Neuwahl der Armenpfleger fand Wiederwahl statt. Der Niederschlagung einiger 100 Mark nicht beizutreibender Steuern wurde ebenfalls zugestimmt. Weiter handelte es sich um einen Beitrag zu den Kosten eines zu erbauenden Kinderhorts, der abgelehnt wurde. Geplant war, dazu einen Neubau mit allen notwendigen Einrichtungen zu schaffen. Das geplante Unternehmen fand aus folgenden Gründen bei den Gemeindevertretern keine Zustimmung: Die Zeche „Hansemann", die doch an erster Stelle als Arbeitgeber der meisten beschäftigten Frauen in Frage komme, habe genug leerstehende Kolonichäuser, die sich eigneten, ein derartiges Kinderheim zu schaffen, was allerdings auch nicht ausschließe, daß anderwärts beschäftigte Mütter ihre Kinder dort unterbringen könnten. Wenn dann von der Gemeinde schließlich ein Zuschuß geleistet werden müßte, würde sich letzteres viel billiger stellen, als wenn eigens ein Neubau aufgeführt wird. Die Gemeinden sind durch den Krieg genug belastet worden und Sache derjenigen Betriebe müsse es vor allen Dingen sein, auf diesem Gebiete etwas zu tun, die den Nutzen von den bei ihnen beschäftigten Frauen einsteckten. Das Vorhaben ist unzweifelhaft ein recht gutes und wir sind davon überzeugt, daß „Hansemann" die dazu notwendigen Räumlichkeiten gern zur Verfügung stellen wird. Die Zeichnung der Kriegsanleihe wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Hierbei kritisierten die Arbeitervertreter besonders, daß die letzten 20 000 Mark gezeichnet worden seien, ohne überhaupt die Vertretung zu fragen, sie verbaten sich ein derartiges Verfahren für die Zukunft. (Im Amte Mengede ist eben alles möglich.) Inbezug auf die Kartoffelversorgung wurde von dem Genossen Tillmann beantragt, allen Einwohnern, denen zum Anbau von Kartoffeln kein weiteres Saatgut zur Verfügung gestanden hat und die nur bis zu 50 Pfund Saatkartoffeln vom Amt bekommen haben, ab 1. Oktober die Kartoffelkarten auszustellen. Der Antrag wurde angenommen, vorbehaltlich der Zustimmung des Amtes. Begründet wurde er damit, daß viele von den damals gelieferten Pflänzern als solche nicht zu gebrauchen waren. Der angepflanzte Teil war daher nicht groß und der vielfach hierbei erzielte geringe Ertrag ist dann besonders bei kinderreichen Familien schnell verzehrt. Zu wünschen ist, daß diesem Antrag von seiten des Amtes zugestimmt wird, die Ernte ist ja ziemlich gut und das Gewünschte läßt sich schon ermöglichen. Der Wunsch der Genossen ging allerdings dahin, die von den Bauern im Amte Mengede erzeugten Kartoffeln sollten zentnerweise an die Einwohner abgegeben werden und nicht, wie vom Amt beschlossen worden ist, sie pfundweise in den Geschäften an die Bevölkerung zu liefern. Beantragt wurde ferner noch, daß einem Gemeindevertreter Sitz und Stimme in der Kriegswirtschaftskommission eingeräumt würde. Auch wurde es als wünschenswert bezeichnet, daß im Amte mehrere Milchverkaufsstellen eingerichtet würden. Die Kinder, die zum Holen geschickt würden, kämen durch das lange Warten infolge großen Andranges zu spät zur Schule, würden gestraft und könnten deshalb nicht geschickt werden. Den Müttern, die selbst noch für kleine Kinder zu sorgen hätten, ist es unmöglich, abzukommen. Das Ansinnen ist nicht unbillig und eine dementsprechende Abänderung würde von allen dankbar anerkannt werden.

Mengede. Die Ausgabe der Brot-, Fleisch- und Zuckerkarten findet wie folgt statt: 1. Gemeinde Bodelschwingh am Donnerstag, den 27. September, nachmittags von 2—5 Uhr, für die Nr. 1 bis 250 und von 5—7 Uhr für die Nr. 251 bis Schluß in der Bismarckschule. — 2. Gemeinde Westerfilde am Freitag, den 28. September, vormittags von 9—12 Uhr, für die Nr. 1—400 und nachmittags von 1—5 Uhr für die Nr. 401 bis Schluß in der Webdigenschule. — 3. Gemeinden Oestrich und Dingen am Donnerstag, den 27. September, vormittags von 8—12 Uhr, für die Nr. 1—300 und nachmittags von 1—5 Uhr für die Nr. 301 bis Schluß in der Viktoriaschule. — 4. Gemeinden Brüninghausen und Deininghausen am Freitag, den 28. September, nachmittags von 2—6 Uhr, in der Kronprinzenschule. — 5. Gemeinde Ickern-Mittelbezirk am Donnerstag, den 27. September, vormittags von 8—12 Uhr, für die Nr. 1—500 und nachmittags von 1—5 Uhr für die Nr. 501 bis Schluß in dem Wirtschaftsamt in Ickern. Gemeinde-Ickern-Westbezirk am Freitag, den 28. September, vormittags von 8—12 Uhr, für die Nr. 1—400 und nachmittags von 1—5 Uhr für die Nr. 401 bis Schluß in der Hindenburgschule. Gemeinde Ickern-Ostbezirk am Samstag, den 29. September, vormittags von 8—12 Uhr, für die Nr. 1—400 und nachmittags von 1—5 Uhr für die Nr. 401 bis Schluß in der Schule Ickern-Ost. — 6. Gemeinde Mengede am Donnerstag, den 27. September, vormittags von 8—12 Uhr, für die Nr. 1—400, nachmittags von 1—5 Uhr für die Nr. 401—800, Freitag, den 28. September, vormittags von 8—12 Uhr, für die Nr. 801—1200, nachmittags von 1—5 Uhr für die Nr. 1201—1600, Samstag, den 29. September, vormittags von 8—12 Uhr, für die Nr. 1601—2000, nachmittags von 1—5 Uhr für die Nr. 2001 bis Schluß in dem Kriegswirtschaftsamt. — 7. Gemeinde Nette am Donnerstag, den 27. September, vormittags von 8—12 Uhr, für die Nr. 1—450 und nachmittags von 1—5 Uhr für die Nr. 451 bis Schluß in der Wilhelmschule. — 8. Gemeinde Ellinghausen am Freitag, den 28. September, nachmittags von 4—6 Uhr in der Wohnung des Gemeindevorstehers. — 9. Gemeinde Groppenbruch am Donnerstag, den 27. September, nachmittags von 2—4 Uhr, in der Wirtschaft Schröder. — 10. Gemeinde Schwieringhausen am Donnerstag, den 27. September, nachmittags von 5—7 Uhr, in der Wirtschaft Schaarmann. Die Marken werden nur gegen Vorzeigung des Lebensmittelausweises ausgehändigt. Zur Erlangung der Brotzusatzkarten ist die Schwerarbeiterkarte oder eine Bescheinigung des Arbeitgebers erforderlich. Fleischselbstversorger erhalten Fleischmarken bei entsprechender Verlängerung des Versorgungszeitraums. Ausgabe anderer Lebensmittelmarken findet an den Ausgabetagen auf den Wirtschaftsämtern nicht statt. Ebenso werden keine Bezugsscheine für Kleidung und Schuhe ausgegeben.

Marten. Man schreibt uns: In der letzten öffentlichen Volksversammlung über Volksernährung, die am 2. d. M. tagte, wurde u. a. den Mitgliedern des Versorgungs-Ausschusses aufgegeben, Einsichtnahme über den Ein- und Ausgang der amtlichen Waren zu beantragen. Diesen Antrag stellte denn auch das Mitglied Niederschelp in der Sitzung vom 17. d. M. Der Vorsitzende, Amtmann Schulte, war sehr empört über den Antrag und wies ihn entschieden zurück. Noch weiter ging der Amtsbaumeister, der nicht in seine Amtsbefugnisse hineingeredet haben will, er klappte seine Aktenmappe zu und meinte, dann wolle er lieber ins Feld gehen, als sich derartiges gefallen lassen! Dieses Benehmen ist gar nicht zu begreifen. Wir sind überzeugt, hätte man früher etwas Einsicht in die amtliche Warenverteilung gehabt, dann wären nicht so viele Sachen von der früheren amtlichen Verkaufsstelle nach Bochum geschleppt worden. Auch könnte uns die Amtsverwaltung jetzt mit ruhiger Miene entgegentreten und sagen, ihr seid mit verantwortlich für diesen Skandal. Aber wie sieht es jetzt aus? Es wird wohl immer amtlicherseits behauptet, die Sache nimmt ihren Fortgang. Aber man sieht und hört nichts hiervon. Als Steuerzahler der Gemeinde Marten fühlen wir uns berechtigt, an die Amtsverwaltung folgende Frage zu richten: Wie steht es mit der ehemaligen amtlichen Verkaufsstelle? Ist die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben? Bitte, heraus mit der Sprache!

Aus dem Gerichtssaal.

Strafkammer Dortmund.

Für 4000 Mark Schnelldrehstahle wurden im Januar 1917 der „Union" entwendet, die der Arbeiter Conrad Spilowski aus Dorstfeld an sich gebracht haben soll. Der Angeschuldigte wurde in der Nähe der Zeche „Tremonia" angehalten, wobei man in seinen Kleidern versteckt 6 Stäbe Drehstahl vorfand. Ein Diebstahl konnte dem Angeklagten in der Verhandlung nicht nachgewiesen werden, da sein Einwand, er habe den Stahl in der Nähe der Union gefunden, nicht widerlegt werden konnte. Immerhin lag Unterschlagung vor, der Angeschuldigte kam mit 1 Woche Gefängnis davon.

Wegen Mordversuchs ist die am 27. Juni 1902 geborene Dienstmagd Auguste Meier aus Dortmund angeklagt. Das Mädchen war einige Zeit in dem Säuglingsheim in Bünde in Westfalen als Dienstmädchen tätig und gab wiederholt den Schwestern Veranlassung zu Rügen. Einer Schwester entwendete die Meier aus einer Jacke einen Geldbetrag von 30 Mark. Aus Aerger über die ernsten Vorhaltungen faßte es den Plan, 3 Schwestern aus dem Wege zu räumen, und zwar dadurch daß es Kleesalz mit Zucker vermischte, den die Schwestern kurz nachher zum Kaffee gebrauchten. Glücklicherweise gelang das Vorhaben nicht. Zuerst hat die Meier die Tatsache in vollem Umfange zugegeben. Heute schränkte sie ihr Geständnis dahin ein, daß ihr lediglich aus Versehen Kleesalz in den Zucker geraten sei. Das Gericht mußte demgemäß die Vertagung beschließen, um zum nächsten Termin den Chemiker zu laden, der den Zucker untersucht hat und ebenso sollen die in Frage kommenden Schwestern gehört werden.

Die Fleischnot versuchten die Bergleute Ernst und Otto Stevereck aus Oberaden im Juli dadurch abzustellen, daß sie dem Landwirt Ohlemann in Wellinghofen ein Rind im Werte von etwa 600 Mk. von der Weide holten. In der Nähe ihres Hauses in Oberaden wurde das Tier abgeschlachtet, das Fleisch in Säcke gepackt und abends heim geschafft. Der Vater, Bergmann Wilhelm Stevereck, erhob keinen Einspruch und half mit, daß das Fleisch im Keller sicher untergebracht wurde. Die Freude über den Wohlstand war nicht von langer Dauer, am folgenden Tage erschien die Polizei und holte den ganzen Bestand wieder fort. Ernst Stevereck erhielt wegen Diebstahls eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten, während sein jüngerer Bruder mit 1 Monat Gefängnis davon kam. Der Vater wurde wegen Hehlerei zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt.

Schöffengericht Dortmund.

Hart bestraft. Der Händer Salomon Broner, ein galizischer Jude, hatte einen Strafbefehl in Höhe von 150 Mk. erhalten, weil er auf dem Markt eine Henne kaufte, die er später mit 50 Pfg. Aufschlag an einen seiner Landsleute weiter verkaufte. Weiter soll der 63jährige Angeklagte für eine Henne auf dem Markte einen Preis von 13 Mk. gefordert haben, die er für 10 Mk. eingekauft hat. Hierin erblickte das Gericht eine übermäßig hohe Preisforderung und hielt die Sache für derartig verwerflich, daß der Strafbefehl von 150 Mk. aufgehoben wurde und eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen festgesetzt wurde. Da Broner Ausländer ist, wurde gegen ihn sofort ein Haftbefehl erlassen.

Wegen unberechtigten Verbrauchs von Lebensmittelkarten wurde die Ehefrau Ritter von hier zu einer Geldstrafe von 120 Mk. verurteilt. Die Angeklagte hatte monatelang für eine Person, die nicht mehr in ihrem Haushalte war, die Lebensmittel weiter bezogen.

Einen lebhaften Mehlhandel betrieb der Fuhrmann Heinr. Bietz von hier, Saarbrückerstraße wohnhaft. Es wurde festgestellt, daß man in der Wohnung des Angeklagten gutes Mehl markenfrei für 1,50 Mk. das Pfund erhalten konnte. Nach den Angaben des Angeschuldigten soll es sich um Auslandsmehl gehandelt haben, das er der Kundschaft lediglich aus Gefälligkeit abgab. Mit Rücksicht auf die außerordentlich häufigen Mehlschiebungen beantragte der Amtsanwalt eine Gefängnisstrafe von 4 Wochen. Das Gericht ließ es indessen bei einer Geldstrafe von 300 Mk. bewenden.

Die verschwundenen Schinken. Als im Mai d. Js. ein Polizeibeamter in der Wohnung des Reisenden Friedrich Hauser dienstlich zu tun hatte, sah er auf einem Tische drei dicke Schinken liegen, die er sofort beschlagnahmte und bei dem Hauswirt des Hauses unterbrachte, von wo sie später abgeholt werden sollten. Hauser, der einige Stunden später von der Beschlagnahme hörte, holte sich die Schinken aus der Wohnung des Hauswirts zurück und als die Behörde dieselben in Empfang nehmen wollte, waren sie natürlich spurlos verschwunden! Das Gericht verurteilte den Angeklagten, der im Rufe steht, unter der Hand Lebensmittelgeschäfte zu machen, wegen Nichtanmeldung von Waren zu einer Geldstrafe von 300 Mk. und außerdem wegen Beseitigung beschlagnahmter Gegenstände zu einer Gefängnisstrafe von 3 Wochen.

* * *

? **Schmiergelder und Steuerhinterziehung.** Einen Einblick in das Schmiergelderwesen, das noch immer heimlich blüht, gewährt ein Prozeß vor der Bochumer Strafkammer. Angeklagt war der Tiefbauunternehmer Heinrich Möller. Dieser war vom Schöffengericht zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt worden wegen fahrlässiger Steuerhinterziehung (Vergehen gegen das Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893). 1916 hatte Möller als Verdienst aus seinem Gewerbebetrieb in der Steuererklärung 10 356 Mark angegeben. Bei der Beanstandung änderte sich dieses Verdienst auf 15 508 Mk., während im Einspruchsverfahren sogar ein solcher von über 22 000 Mk. festgestellt wurde. Die Stadtverwaltung behauptete sogar, daß sich sein Verdienst auf mindestens 40 000 Mk. pro Jahr gestellt haben müsse. M. gab eine fahrlässige Steuerhinterziehung zu, dagegen bestritt er, vorsätzlich Steuer hinterzogen zu haben. Er arbeitete sehr viel mit Zechen und sonstigen Verwaltungen und Behörden. Um größere Aufträge zu erhalten, sei es in den Betrieben, wie er ihn habe, Sitte, den betreffenden Beamten, die die Arbeiten zu vergeben hätten, größere Zuwendungen zu machen. Es sei selbstverständlich, daß er diese nicht als Schmiergelder verbuchen könne, sondern als Unkosten, Löhne usw. Er habe viele tausende Mark auf diese Weise aufwenden müssen und habe es auch für selbstverständlich gehalten, diese als Unkosten von seinem Verdienste abzusetzen, da er doch nur seinen reinen Verdienst zu versteuern brauche. Natürlich könne er den Steuerbehörden gegenüber diese Zuwendungen nicht im einzelnen nachweisen, da er die Namen der Empfänger nicht nennen dürfe, weil diese sonst ihre Stellungen verlören, er auch dann kaum noch Aufträge erhalten werde und sonst sein Geschäft schließen müsse. Der Staatsanwalt sah vorsätzliche Steuerhinterziehung als vorliegend an und beantragte, die Strafe auf die Höchststrafe von 3000 Mark hinaufzusetzen. Das Gericht schloß sich dem Staatsanwalt an, erkannte aber auf die gesetzliche Mindeststrafe von 1704,4 Mk. oder eine Höchststrafe von 6 Wochen Haft. Diese Summe entspricht der vierfachen Summe des hinterzogenen Steuerbetrages.

Industrie, Handel und Verkehr.

Deutsch-Luxemburg 40 Millionen Gewinn!

O Derweil auf den Schlachtfeldern das warme Menschenblut in Strömen rinnt, häufen sich die Gewinne der Kriegsindustrie zu hohen Bergen an. Früher halb bankerotte Unternehmungen haben die Kriegslieferungen nicht nur wieder flott gemacht, sondern in die Lage versetzt, berauschende Gewinne an ihre Aktionäre zu zahlen. 76½ Millionen Mark betrug der Betriebsüberschuß beim „Phönix", jetzt meldet sich Deutsch-Luxemburg mit einem solchen von über 45 Millionen Mark! Der Reingewinn der Werke wird durch hohe Abschreibungen vermindert und auf diese Weise den Aktionären auch für die Zeit nach dem Kriege eine hohe Gewinnquote sichergestellt. Die aufreizenden Zahlen schreien geradezu nach einer Kriegsgewinnsteuer, die mit dem Volksempfinden einigermaßen im Einklang steht.

Die Bilanz von Deutsch-Luxemburg ergibt einen Betriebsüberschuß von 45 298 417 (i. V. 38 070 828) Mark, der sich nach Abzug der Zinsen für Obligations- und Hypotheken-Darlehen, sowie Steuern mit zusammen 5 369 892 (5 432 087) Mark auf 39 928 525 (32 638 742) Mark stellt. Unter Hinzuziehung des Vortrages aus dem Vorjahre in Höhe von 500 996 (322 579) Mark steht somit ein **Rohgewinn von 40 429 521** (32 961 321) Mk. zur Verfügung. Hiervon bestimmte der Aufsichtsrat zu Abschreibungen auf die Anlagewerte 25 000 000 (22 900 000) Mark, während der Rest von 15 429 521 (10 061 321) Mark in nachstehender Weise Verwendung finden soll: Für Zwecke der allgemeinen Kriegshülfe 1 000 000 (0) Mk., Rückstellung für Talonsteuer 200 000 (200 000) Mk., 10 (7) Prozent Dividende an die Aktionäre gleich 13 000 000 (9 100 000) Mk., Tantieme an den Aufsichtsrat 511 711 (260 824) Mk., Vortrag auf neue Rechnung 717 810 (500 996) Mk. An Kriegsunterstützungen wurden den Beamten und Arbeitern sowie deren Angehörigen und Hinterbliebenen insgesamt 5 460 935 (i. V. 2 854 400) Mk. gezahlt, die als Betriebsausgaben verrechnet worden sind. Die ordentliche Generalversammlung soll am 25. Oktober in Essen stattfinden.

Die „Rh.-Westfäl. Ztg." schreibt dazu: „Auch für Deutsch-Luxemburg hat das dritte Kriegsjahr mit einem erheblichen Mehrgewinn abgeschlossen, der den des Vorjahres um etwa 7½ Millionen Mark übersteigt. In Anbetracht dessen, daß Deutsch-Luxemburg in den beiden ersten Kriegsjahren seinen Aktionären keine bezw. nur mäßige Dividende gegeben hat, und in Anbetracht dessen, daß Werke wie Hoesch und Rheinstahl, die ebenfalls in den beiden ersten Kriegsjahren keine übermäßigen Gewinne erzielten, in diesem Jahre fast doppelt so viel verdient haben, ist die Gewinnsteigerung bei Deutsch-Luxemburg keine übermäßige. (!) Nichtsdestoweniger kann die Dividende trotz der wiederholt hohen Abschreibungen von 25 Millionen Mark um 3 Prozent gegen das Vorjahr erhöht werden. Der Abschreibungssatz beträgt in den drei Kriegsjahren zusammen 64½ Millionen Mark, macht also ungefähr die Hälfte des Aktienkapitals aus. Nicht aufgeführt ist in den Abschlußziffern eine Rückstellung für Kriegsgewinnsteuer, die wohl ähnlich wie die Kriegsunterstützungen auf einem anderen Konto verbucht ist."

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Mehlich; für den Inseratenteil: R. Umbreit; Druck und Verlag: Gerisch u. Co., G. m. b. H., sämtlich in Dortmund.

Städtisches Leihhaus Dortmund.

Der Verkauf der verfallenen Pfänder aus den Monaten Mai, Juni und Juli 1916 findet für Goldpfänder von No. 846—3683 und für Kleiderpfänder, soweit sie nicht unter die Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 23./12. 1916 fallen,

am Mittwoch, den 26. September 1917,

vormittags 9 Uhr, im Geschäftslokale, Königshof 15, statt. Für den sonstigen Verkehr bleibt das Leihhaus an dem Verkaufstage geschlossen. Die bei der Versteigerung erzielten Ueberschüsse können innerhalb 6 Wochen nach dem Verkauf erhoben werden.

Schlosser
Dreher
Fräser und
jugendl. Arbeiter

stellen sofort ein 4019

Orenstein & Koppel
Arthur Koppel A.-G.
Fabrik Dorstfeld.

Gute
Rockschneider und Damenschneider
in oder außer dem Hause gesucht. Tarif Ia.
Sieland & Rühenbeck.

Gut eingearbeitete
Damenschneider
in dauernde Stellung für sofort gesucht.
Max Weser
Dortmund, Betenstraße 9.

Erdarbeiter, Handwerker
sucht
3695 **Westfälische Bau-Industrie, A.-G., Haspe i. W.**

Botenstellen
sind frei:
Bezirk Bittermark. Zeitungsbote wird bis zum 1. Okt gesucht. Bewerber wollen sich melden beim Filialleiter **Richard Wiemer.**

Reisszeuge
sehr billig.
A. Eick & Comp.
Dortmund
Balkenstr. 36/38, Nicolaistr. 5
beim Bezirkskommando.

Ansichtskarten
billig!
100 Kriegs- Post. 3.—
100 Liebesserien- „ 4.—
100 patriot. Flaggen- „ 3.—
50 echte Künstler- „ 3.50
Verlag Marder, Breslau I 116

Wohnungen
Möbliertes Zimmer zu vermieten. (4017
Wittmaack, Haydnstr. 9, IV.

3837 **Bertholds Einkochgläser**
alle Größen sofort lieferbar:
Otto Berthold
Dortmund
Münsterstraße 6—8
Fernsprecher 3062.

befreit und der sie auf Generationen hinaus vor Anwendung der Waffengewalt sichert. Unsere gemeinsamen Regierungen hatten es inzwischen nicht unterlassen, den wiederholten und eindringlichen in der ganzen Welt hörbaren Kundgebungen unseren und den Willen der Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie zum Ausdruck zu bringen, dem Blutvergießen durch einen Frieden, wie er Euerer Heiligkeit selbst vorschwebt, ein Ende zu bereiten. Von dem Gedanken beglückt, daß unsere Wünsche von Anbeginn an auf das gleiche Ziel gerichtet waren, das Euere Heiligkeit als das anzustrebende bezeichnen, haben wir die uns jüngst zugekommenen konkreten und praktischen Anregungen Euerer Heiligkeit einer eingehenden Erwägung unterzogen, die zu dem folgenden Ergebnis geführt hat:

Mit der Kraft tiefwurzelnder Ueberzeugung begrüßen wir den leitenden Gedanken Euerer Heiligkeit, daß die künftige Weltordnung unter Ausschaltung der Waffen auf der moralischen Weltmacht des Rechts, auf der Herrschaft der internationalen Gerechtigkeit und Gesetzmäßigkeit beruhen müßten. Auch sind wir von der Hoffnung durchdrungen, daß eine Hebung des Rechtsbewußtseins die Menschheit sittlich regenerieren würde. Wir treten daher der Auffassung Euerer Heiligkeit bei, daß Verhandlungen der Kriegführenden zu einer Verständigung darüber führen sollten und könnten, wie unter Schaffung entsprechender Sicherheiten die Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in den Lüften gleichzeitig wechselseitig auf ein bestimmtes Maß herabgesetzt seien, und wie die von Rechts wegen allen Völkern der Erde gehörende hohe See von der Herrschaft oder Vorherrschaft Einzelner befreit und der gleichmäßigen Benutzung zu eröffnen wäre.

Der friedensstiftenden Bedeutung des von Euerer Heiligkeit vorgeschlagenen Mittels, internationale Streitfragen der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen, voll bewußt, sind wir bereit, auch über diesen Vorschlag Euerer Heiligkeit in Verhandlungen zu treten, wenn es, wie wir von ganzem Herzen wünschen, gelingen sollte, zu Vereinbarungen der Kriegführenden zu gelangen, welche diesen hehren Gedanken verwirklichen und der österreichisch-ungarischen Monarchie die Sicherheit für ihre ungehemmte weitere Entwickelung geben, dann kann es auch nicht schwer fallen, zwischen den kriegführenden Staaten noch zu verabredende Fragen im Geiste der Gerechtigkeit und billigen Rücksichtnahme auf die wechselseitigen Daseinsbedingungen einer friedlichen Lösung zuzuführen. Wenn die Völker der Erde im Sinne dieser Vorschläge Euerer Heiligkeit friedfertig miteinander in Verhandlungen treten, dann könnte hieraus der dauernde Friede erblühen; sie könnten dann vollkommene Bewegungsfreiheit auf hoher See erlangen; schwere materielle Lasten könnten von ihnen genommen und neue Quellen des Wohlstandes für sie eröffnet werden. Vom Gebote der Mäßigung und Versöhnlichkeit geleitet, erblicken wir in den von Euerer Heiligkeit gemachten Vorschlägen geeignete Grundlagen für die Einleitung von Verhandlungen zur Vorbereitung eines für alle gerechten und dauerhaften Friedens und erhoffen lebhaft, daß auch unsere heutigen Feinde von dem gleichen Gedanken beseelt sein mögen. In diesem Sinne bitten wir den Allmächtigen, er möge das von Euerer Heiligkeit eingeleitete Friedenswerk segnen.

Wir haben die Ehre, zu zeichnen als Euerer Heiligkeit sehr gehorsamer Sohn

Karl m. p.

Die dritte Schlacht in Flandern

Deutscher Durchbruch bei Jakobstadt.

Deutsche Berichte.

Großes Hauptquartier, 21. September. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die unter Führung des Generals der Infanterie Sixt von Armin kämpfenden Truppen der 4. Armee haben den ersten Tag der dritten Schlacht in Flandern erfolgreich bestanden.

Deutete bereits die Feuerwirkung der letzten Tage auf eine große Kraftanspannung der Engländer hin, so bildete doch der Einsatz und die Zusammenfassung der am 20. September vom Feinde verwendeten Kampfmittel auf einer Front von rund zwölf Kilometer ein Höchstmaß.

Hinter der gewaltigen Welle stärksten Trommelfeuers aus Geschützen und Maschinengewehren aller Kaliber traten morgens in engen Angriffsstreifen zwischen Langemarck und Hollebeke mindestens neun britische Divisionen, dabei mehrere australische, vielfach durch Panzerkraftwagen und Flammenwerfer unterstützt, zum Sturm an.

Der Angriff führte den Feind nach hin- und herwogendem Kampf bis zu ein Kilometer tief in unsere Abwehrzone hinein; auf Paschendaele und Shelvelt zu drang der Gegner zeitweise weiter vor.

Westlich von Paschendaele drängte ihn unser Gegenangriff zurück, nördlich der Straße Menin-Ypern blieb ein Teil des Geländes in seiner Hand. In allen anderen Abschnitten des Schlachtfeldes wurden die Engländer unter den schwersten Verlusten bis zum Spätnachmittag durch zähes, heldenmütiges Ringen unserer Truppen in das Trichterfeld unseres Kampfstreifens zurückgeworfen, über das hinaus abends neue ins Feuer geführte Verstärkungen des Feindes nichts mehr an Boden zu gewinnen vermochten. Die in der Kampfzone liegenden Ortschaften sind sämtlich in unserem Besitz.

Heute morgen haben die Engländer den Kampf bisher nicht wieder aufgenommen.

Wie in den früheren Schlachten in Flandern haben Führung und Truppen das Höchste geleistet.

Bei den anderen Armeen der Westfront, im Osten und auf dem Balkan keine besonderen Ereignisse.

WTB Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 21. Sept., abends. (Amtlich.)

In Flandern nachmittags sich steigernder Artilleriekampf; abends örtliche Infanteriegefechte.

Auf dem linken Dünaufer durchbrachen unsere Truppen die russischen Stellungen nordwestlich von Jakobstadt. Bisher sind über 1000 Gefangene und mehrere Geschütze als Beute gemeldet.

Westlich des Ochrida-Sees (Mazedonien) scheiterte ein französischer Angriff.

*

Wiener Bericht.

Wien, 21. Sept. Amtlich wird verlautbart:

Ein italienischer Angriff gegen unsere Tief-Stellung wurde durch die tapfere Besatzung bei vortrefflicher Mitwirkung der Artillerie im Nahkampf abgeschlagen. Nebst erheblichen blutigen Verlusten büßte der Feind hier 4 Offiziere und über 100 Mann an Gefangenen ein. Sonst auf allen Kriegsschauplätzen keine besonderen Ereignisse.

*

Der Seekrieg.

20 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 20. September. (Amtlich.) Im Atlantischen Ozean wurden durch unsere U-Boote wiederum 20 000 Tonnen versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich zwei große bewaffnete Dampfer, sowie ein tiefbeladener Frachtdampfer, wahrscheinlich mit Munitionsladung, der aus starker Sicherung herausgeschossen wurde.

WTB Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Politische Uebersicht.

22. September.

Die „Aufklärungsarbeit" der amtlichen Stellen.

Gegenüber der Feststellung des „Vorwärts" und des „Berl. Tagebl.", amtliche Stellen unterstützen die alldeutsche Agitation gegen die Reichstagsmehrheit planmäßig, erklärt der im alldeutschen Fahrwasser segelnde „Berl. Lokalanz.": Wir sind von amtlicher Stelle auf die von uns eingezogenen Erkundigungen zu der Erklärung ermächtigt, daß an diesen Meldungen kein wahres Wort ist; vielmehr weisen die amtlichen Stellen die Zumutung einer Agitation im angegebenen Sinne auf das entschiedenste zurück.

Dagegen unterstreicht das „Berl. Tagebl." seine Mitteilungen und die des „Vorwärts" nochmals, indem es folgende interessante Ergänzung macht: „Es ist naturgemäß die Frage aufgeworfen worden, ob dem Reichskanzler diese nach einem ganz bestimmten Aktionsplan eingeleitete „Aufklärungsarbeit" bekannt sei. Wir haben Grund zu der Annahme, daß Herr Dr. Michaelis in der Tat von diesen Vorgängen unterrichtet worden ist, und daß er gegen Ende der vorigen Woche Schritte unternommen hat, um eine Fortsetzung dieser amtlichen Werbetätigkeit zu verhindern. Ob seine Schritte überall den nötigen Erfolg gehabt haben, können wir mit Bestimmtheit nicht sagen. Es scheint uns aber, daß die Agitation zugunsten der „Vaterlandspartei" auch von amtlichen Stellen, im Kreise der Untergebenen, noch weiter betrieben wird. Mehrere Informationen, die uns zugegangen sind, beweisen, daß den abhängigen Beamten, Lehrern usw., Listen der „Vaterlandspartei" vorgelegt werden, mit der „Frage", ob sie sich als Mitglieder einzeichnen wollten. Daß diese Frage ein Wink ist — ein Wink, hinter dem die ganze Macht des Vorgesetzten steht — ist klar."

Die Feststellungen scheinen den Alldeutschen nicht angenehm zu sein; ebenso wenig gewissen Regierungsstellen, die hoffentlich den alldeutschen Unfug, der sich im amtlichen Gewande breit machen will, energisch unterdrücken.

Das Koalitionsrecht der Landarbeiter.

Es geschehen wirklich noch Zeichen und Wunder. Wer hätte es je für möglich gehalten, daß ein Konservativer für das Koalitionsrecht der Landarbeiter eintreten könnte? Und doch ist es tatsächlich Wahrheit geworden. In der Herbstlandwirtschaftswoche hielt am Mittwoch der Rittergutsbesitzer Dr. Graf v. Schwerin-Putzar in der Betriebsabteilung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft einen sehr bemerkenswerten Vortrag. Er beschäftigte sich mit der künftigen Deckung des Menschenbedarfs in der Landwirtschaft, und zwar besonders in Ostelbien. Die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte für die Landwirtschaft war schon vor dem Kriege nicht leicht; es kann aber nicht zweifelhaft sein, daß nach dem Kriege die Heranziehung ländlicher Arbeiter noch erheblich schwieriger werden dürfte. Graf Schwerin glaubte, daß wir den polnischen Landarbeiter, vielleicht auch den russischen Kriegsgefangenen vorläufig nicht entbehren können. Aber es versteht sich von selbst, daß es sich dabei auch im günstigsten Falle nur um eine knapp bemessene Uebergangszeit handeln könnte. **Um die erforderlichen Arbeitskräfte dauernd zu beschaffen, dazu müssen noch andere Maßnahmen ergriffen werden.** Und Graf Schwerin scheute sich nicht vor der unumgänglichen Konsequenz zurück, indem er offen aussprach, daß, um mehr Arbeitskräfte auf die Güter zu bekommen und sie hier festzuhalten, **die bisherige Arbeitsverfassung einer Ausgestaltung im freiheitlichen Sinne bedürfe. Die Gutsbesitzer dürften nicht vergessen, daß sich die Regierung notgedrungen für das Koalitionsrecht der Landarbeiter erklären werde. Deshalb müßten sie diesem Entschluß zuvorzukommen suchen.**

Das ist natürlich schon etwas, genügt aber nicht allein. Zur Freiheit muß auch die materielle Besserstellung kommen, um den Arbeitern das Leben auf dem Lande erträglich zu gestalten.

Aus dem Wahlkreis Hamm-Soest.

22. September.

Hamm. Ein Diebesnest wurde anläßlich der Verhaftung von zwei jungen Spitzbuben durch die hiesige Polizei ausgehoben. In Süddinker und Wambeln waren größere Geflügeldiebstähle vorgekommen. Die hiesige Polizei wurde benachrichtigt, daß die mutmaßlichen Täter mit der Kleinbahn nach Hamm gefahren seien. Es gelang, die beiden Burschen mit ihrer Beute zu schnappen. Die Festgenommenen sind der 20jährige Bergmann Isidor Scharmach und der 21jährige Bergmann Fritz Propper, beide Nordenvorstadt wohnhaft. Sch. führte ein großes, zum Schlachten eingerichtetes Federmesser bei sich, an welchem sich noch Blutspuren und Federn befanden, während P. einen mit sechs Patronen geladenen Revolver bei sich trug. Eine sofort vorgenommene Haussuchung führte zu einem überraschenden Erfolg. Während man bei P. nur vier Pakete Knöpfe vorfand, waren bei der Familie Sch. folgende Sachen aufgestapelt: Ein Topf mit 30 Pfund Butter, versteckt im Keller unter den Kohlen, ein Topf mit etwa 15 bis 20 Pfund Butter, auf einer Topfbank im Flur stehend, ein Topf mit vier Pfund Butter, in der Schlafstube der Eltern stehend, zwei große Bauernkäse, nach Holländer Art zubereitet, im Gesamtgewicht von etwa 12 Pfund, versteckt in einem Puppenwagen, ein Topf mit 10 Pfund Schmalz, in einem Schrank in der Schlafstube, zwei schon verschimmelte Bauernstuten, in Lumpen eingewickelt, in einem Kleiderschrank, drei Flaschen Wein, in einer Bettmatratze versteckt, eine neue große Kaffeemühle, versteckt in einem Kleiderschrank, sieben neue Schirme mit Preisschildern, versteckt hinter Kleidern in einem Schranke, 73 Doppelstücke Kriegsseife, versteckt in einem Tornister auf dem Abort, 14 Pakete weiße Knöpfe, anscheinend Perlmutter, fünf Kisten Zigarren zu je hundert Stück, versteckt auf und in einem Kleiderschrank in der Schlafstube der Eltern, ein großer Ballen Leinwand, etwa 70 Meter, versteckt im Bett des Vaters, wo er, mit Kissenbezug versehen, als Kopfpolster diente, 15 Ballen graue und schwarze Wolle, echte Friedensware, versteckt in zwei Betten, wo sie ebenfalls als Kopfkissen dienten, sechs kleine Säckchen mit Hühner- und Fasanenfedern, versteckt in einem Schranke, 14 neue Handtücher (Gerstenkorn), ein neues weißes Tischtuch, eine weiß- und rotgestickte Tischdecke, ein neuer weißer Kissenbezug, drei neue Frauenhemden, vier große Reste Leinwand, wahrscheinlich von dem Ballen Leinwand abgeschnitten, ein Stück Speck von drei Pfund, sieben große Reste von Blusenstoffen, ein zugeschnittenes grauwollenes Damenkleid, sechs weiße Handtücher mit dem eingewebten Bildnis der Königin Luise, ein neues großes Tischtuch mit dem eingewebten Bilde der Austeilung des Abendmahles, ein rotkariertes Tischtuch, wahrscheinlich von dem in einer Wirtschaft ausgeführten Zigarrendiebstahl herrührend. Außerdem wurde ein großer Geldbetrag, darunter 120 Mark in Gold, in einem Bett versteckt, vorgefunden. Ferner fand man ein Eisernes Kreuz, obgleich zum Tragen desselben in der Familie niemand berechtigt ist; weiter einen geladenen Revolver und zwei neue ungetragene Anzüge für Erwachsene und einen Knabenanzug. Die Mutter des Sch., die bei der Haussuchung zugegen war, wollte über den Erwerb der Sachen nichts wissen. Ueberall, wo die mit der Haussuchung betrauten Beamten zu suchen begannen, erklärte sie, daß nichts vorhanden sei. Dabei wurde jedesmal Diebesgut zutage gefördert. Schließlich gab sie an, daß der festgenommene Sohn alles mitgebracht habe.

Unna. Bei einem am Mittwoch in der hiesigen Massenerstraße vorgekommenen Zusammenstoß zwischen der Straßenbahn und einem Fuhrwerk wurde der Lenker des letzteren erheblich verletzt. Jetzt ist der 67 Jahre alte Mann an den erlittenen Verletzungen gestorben.

Aus dem Münsterlande.

Münster. Diebe entwendeten aus dem Pensionskloster bei Handorf drei Treibriemen im Werte von ungefähr 1000 Mark.

Nachrichten des Kriegswirtschaftsamtes der Stadt Dortmund.

I. Kartoffeln.

a) Die Gültigkeit der Kartoffelkarten Nr. 74—80 läuft morgen — Sonntag mittag — ab. Auf diese Karten dürfen also am Montag Kartoffeln unter keinen Umständen mehr abgegeben werden.

b) Sämtliche Kartoffelhändler haben ihren Bestand an Kartoffeln vom Sonntag mittag dem Kriegswirtschaftsamt III — Zuteilungsstelle — Südwall 12, bis Montag vormittag und sämtliche Kartoffelgroßhändler ihren Bestand an Kartoffeln von Sonntag mittag dem Kriegswirtschaftsamt II — Geschäftsabteilung Hafen — bis Montag vormittag schriftlich zu melden. Wer die Meldung nicht oder zu spät einreicht, wird auf Gutschrift des ermäßigten Kartoffelpreises für gehabte Bestände nicht rechnen können.

Der Kleinverkaufspreis für das Pfund Kartoffeln beträgt von Montag ab 9 Pfg.

II. Heringe.

Auf Abschnitt Z der **weißen, roten, gelben, blauen und grünen** Familienwarenkarten sind von heute ab in den Geschäften, welche dieses durch Aushang anzeigen, Heringe erhältlich und zwar:

auf weiße Familienwarenkarten ½ Pfund
auf rote Familienwarenkarten 1½ Pfund
auf gelbe Familienwarenkarten 1 Pfund
auf blaue Familienwarenkarten 1½ Pfund
auf grüne Familienwarenkarten 2 Pfund.

Der Preis beträgt 1,10 Mk. für das Pfund. Es wird empfohlen, beim Einkauf der Heringe in Anbetracht des Papiermangels Geschirr mitzubringen. Die roten Karten sind besonders berücksichtigt, da sie bei der vorherigen Zuteilung wegen Mangels an Ware ausfallen mußten.

III. Magermilch.

a) Auf Anteilmarke Nr. 6 der roten, blauen und grünen Magermilchkarten geben heute (22. September) Magermilch ab die Verkaufsstellen 5, 8, 21—27 einschl., 29, 30, 36, 41, 62—89 einschl., 96—105 einschl., 107—118 einschl., 121, 123, 128, 130, 135 und 137.

b) Auf Anteilmarke Nr. 7 der weißen und gelben Magermilchkarten geben morgen (23. September) Magermilch ab die Verkaufsstellen 1—4 einschl., 6, 7, 10—20 einschl., 28., 31, 33 bis 35 einschl., 37—40 einschl., 42—53 einschl., 56—61 einschl., 90—95 einschl., 106, 119, 120, 122, 124—126 einschl., 131—134 einschl., 136 und 138.

Am Freitag, den 21. September wurde auf weiße Karte ½ und auf gelbe Karte 1 Liter Magermilch abgegeben.

IV. Freiwillige Abgabe von Einrichtungsgegenständen aus Kupfer und Kupferlegierungen.

Heute hat die Abgabe der beschlagnahmten Gegenstände von Besitzern, deren Name mit dem Anfangsbuchstaben K, J und Z beginnt, an die Sammelstelle Weißenburgerstr. 70 (Elektrizitätswerk) von 8—12 Uhr vormittags und 3—5 Uhr nachmittags zu erfolgen.

V. Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren.

In der kommenden Woche kann in den Bezirksausgabestellen wegen Ausgabe der neuen Lebensmittelkarten die Ausfertigung von Bezugsscheinen für Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren nicht erfolgen.

Es wird deshalb empfohlen, etwa notwendige Bezugsscheine **noch heute** zu beschaffen. Ausnahmsweise können nur in ganz dringenden Fällen (Trauer) in der nächsten Woche in der Zuteilungsstelle Südwall 12, Zimmer 1, Bezugsscheine ausgefertigt werden.

VI. Noch gültige Karten.

Warenkarte Nr. 11: ½ Pfund Mehl.
Warenkarte Nr. 12: 150 Gr. Marmelade.
Warenkarte Nr. 68: ¼ Pfund Kartoffelwalzmehl oder Sago je nach Vorrat.
Kartoffelkartenabschnitte Nr. 74—80: je 1 Pfund Kartoffeln.
Fleischmarken siehe vorgestrige Veröffentlichung.
Speisefettanteilmarken Nr. 23 und 24: 62½ Gr. Butter.
Speisefettzusatzmarken für hoffende Frauen und Wöchnerinnen: 30 Gr. Butter.
Fettzusatzkarte für Schwerstarbeiter Nr. 38: 62½ Gramm Kunstbutter.
Eierkarte Nr. 7: ein Ei.
Kranken-Eierzusatzkarte Nr. 12: ein Ei.

Lebensmittelversorgung des Amtes Lütgendortmund

Woche vom 24. bis 29. September 1917.

A. Kolonialwaren.

1. In allen Geschäften an jedermann nach der allgemeinen Kundenliste:

a) 250 Gramm Einmachzucker als 3. Zuweisung auf Warenmarke Nr. 15.
Würfelzucker das Pfund zu 34 Pfg.
Puderzucker das Pfund zu 32 Pfg.
Kandiszucker das Pfund zu 48 Pfg.

b) 250 Gramm Weizenmehl auf Warenmarke Nr. 16, das Pfund zu 22 Pfg.

c) 100 Gramm Grießmehl auf Warenmarke Nr. 17, das Pfund zu 28 Pfg.

2. In den Verkaufsstellen für Krankenkost:

a) an die zum Bezuge von Haferflocken berechtigten Personen gegen Eintragung in das Einkaufsbuch:
1 Tafel Schokolade, ca. 100 Gramm, Preis 1,25 Mk.

b) an die zum Bezuge von Vollmilch berechtigten Personen gegen Eintragung in das Einkaufsbuch:
1 Dose sterilisierte Vollmilch zu 1,65 Mk.

B. Kartoffeln.

Die Kaufgenehmigungen, welche zur Zeit in die Kartoffelkarten eingestempelt werden, haben zunächst nur den Zweck, den Bedarf bis zum 5. Mai 1918 im einzelnen und ganzen zu ermitteln. Gekauft werden kann auf dieselbe vorläufig nur der Bedarf für 1 bis 2 Wochen in den Kartoffelverkaufsstellen.

Für den Einkauf des Winterbedarfs werden besondere Bezugsmarken ausgegeben. Namentlich wird darauf hingewiesen, daß von den Landwirten Kartoffeln nicht gekauft werden können, weil die ganze Ernte, abgesehen von dem eigenen Bedarf, für die öffentliche Bewirtschaftung sicher gestellt ist. Näheres wird bekannt gemacht.

Lütgendortmund, den 21. September 1917.

Der Ehren-Amtmann. J. V.: Steinmeyer.

Im Fredenbaum-Park finden morgen, Sonntag, wieder große Doppel-Konzerte mit abwechselungsreicher Musikfolge statt. Das Programm enthält die hervorragendsten Musikwerke unserer Tondichter.

Das Alhambra-Theater — Westenhellweg 67 — bietet seinen Besuchern wieder schöne Sehenswürdigkeiten. Mit einem Abenteuer des Weltmeister-Detektivs **Joe Jenkins** beginnt der Spielplan. Es sind 5 spannende Akte zu sehen. Hochinteressant einer der besten Detektiv- und Kriminal-Filme. Der zweite Hauptfilm, ein Sensations-Roman in 3 Akten, „Zirkus Rivalen", ist ebenfalls sehenswert. Zuletzt wird noch ein Lustspiel gezeigt in 3 Akten, „Eine Nacht im Hotel zum blauen Affen".

Aushändigung von Lebensmittelkarten.

Neue Lebensmittelkarten und zwar:

1. Reichsfleischkarten für Erwachsene,
2. Reichsfleischkarten für Kinder (die nach dem 1. Jan. 1912 geboren sind),
3. Speisefettkarten,
4. Eierkarten,
5. Milchkarten A—G
6. Zuckerkarten,
7. Kartoffelkarten für den laufenden Bedarf,
8. Haushaltskartoffelkarten für die Einkellerung von Winterkartoffeln und
9. Süßstoffkarten

werden an die Einwohner mit den Anfangsbuchstaben

A—D am Montag, den 24. d. Mts,
E—H „ Dienstag, den 25. d. Mts.,
J—L „ Mittwoch, den 26. d. Mts.,
M—R „ Donnerstag, den 27. d. Mts.,
S „ Freitag, den 28. d. Mts.,
T—Z „ Samstag, den 29. d. Mts.

in den zuständigen Bezirksausgabestellen gegen Vorzeigung des Lebensmittelausweises von 8.30 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags (ohne Mittagspause) ausgegeben.

Milchkarten mit Preisermäßigung erhalten

a) ohne weiteres die Haushaltungsvorstände und Einzelpersonen, welche Inhaber des gekreuzten Lebensmittelausweises sind.

b) auf Antrag diejenigen Haushaltungsvorstände, die nach dem vorzulegenden Steuerzettel 1917 nicht höher als bis zu dem Staatssteuersatz von 118 Mk. veranlagt sind. Alle übrigen Haushaltungsvorstände, sowie diejenigen Personen, die Flaschenmilch beziehen, erhalten Karten ohne Preisermäßigung. Hinsichtlich der Kartoffelkarten für den laufenden Bedarf und der Haushaltskartoffelkarten für die Einkellerung vergleiche besondere Veröffentlichung vom gestrigen Tage.

Süßstoffkarten werden ausgegeben an Haushaltungen:

von 1— 4 Personen 1 Karte
„ 5— 6 „ 2 Karten
„ 7— 8 „ 3 „
„ 9—10 „ 4 „

usw. Um eine glatte Abwicklung der Ausgabe zu ermöglichen, wird dringend gebeten, die angeordnete alphabetische Reihenfolge strengstens einzuhalten.

Des ferneren wird dringend angeraten, die erhaltenen Lebensmittelkarten sofort nachzuzählen, da spätere Einsprüche unter keinen Umständen berücksichtigt werden können.

An Kinder unter 14 Jahren werden Lebensmittelkarten nicht verabfolgt.

Dortmund, den 20. September 1917.

Der Magistrat.

Hörde.

Bekanntmachung.

Am Samstag, den 22. September, gelangen zur Ausgabe auf die in dieser Woche gültigen Wurstmarken:

1) hiesige Mettwurst z. Ladenpreise v. Mk. 3,80 je Pfd.
„ Zungenwurst „ „ „ „ 3.— „ „
„ Leberwurst „ „ „ „ 1,80 „ „
in den Metzgereien südlich der Berg.-Märk. Bahn;
2) hies. Schwartemagen z. Ladenpreise v. Mk. 3.— je Pfd.
„ Fleischwurst „ „ „ „ 3.— „ „
auswärt. Leberwurst „ „ „ „ 2,85 „ „
in den Metzgereien nördlich der Berg.-Märk. Bahn;
3) hiesige Blutwurst z. Ladenpreise v. Mk. 1.80 je Pfd.
in sämtlichen Metzgereien.

Der Bezug der Wurst wird hiermit abhängig gemacht von der Kundenliste. Jeder Käufer kann also für die Folge Wurst nur bei dem Metzger beziehen, in dessen Kundenliste er eingetragen ist. 4018

Hörde, den 20. Septbr. 1917. **Der Magistrat.**

Pflicht eines Jeden

ist es, zur Streckung der Stoffe beizutragen. Lassen Sie Ihre Kleidungsstücke, Gardinen usw. in den Reinigungs- und Färbereiwerken von

Fr. Hagedorn jr.

reinigen oder färben. (851

Spezial-Abteilung: Herrenstärkewäsche.
Hervorragende Ausführung. Schnellste Lieferung.
50 eigene Läden. Filialen in allen Stadtteilen.

Wir haben
fertige
Betten
sehr preiswert
— abzugeben. —
Bettfedern u. Daunen
in reeller Ware
— zu den billigsten Preisen. —
A. Eick & Comp.
Nikolaistr. 5, Balkenstr. 36—38
beim Bezirkskommando
— Dortmund —
Vom Markt aus in 2 Minuten zu erreichen.
Von der Betenstr. (Stadthaus) in 1/4 Minute zu erreichen

Fredenbaum-Park
verbunden mit
Kriegs-Ausstellung.
Täglich geöffnet.
Sonntag, den 23. Septbr.,
nachmittags von 3 bis 11 Uhr:
Große Doppel-Konzerte
der **verstärkten Kapelle Hubert** und des **Witek'schen Orchesters.**
Weltstadt-Sehenswürdigkeiten! 4022
Riesen-Leucht-Springbrunnen.
Eintritt im Park: Erwachsene 20 Pfg., Kinder 10 Pfg. Familienkarten und Militär frei.

Olympia-Theater.
Fernruf 1850. Täglich 7 Uhr 45.
Im weiteren grosse Erfolge!
„Die tolle Komtess".
Sonntag, den 23. Sept. 1917
2 Grosse Vorstellungen 2
nachmittags 4 Uhr u. abends 7½ Uhr
In beiden Vorstellungen:
„Die tolle Komtess".

Bier-Palast-Theater
Münsterstr. 19 **Dortmund** Münsterstr. 19.
Heute und Sonntag: Neues Programm.
Elmas Trio
Jim Scheer als Tambourmajor
2 tolle Burlesken.
Sonntag:
3 Vorstellungen

Variete Wien-Berlin
Münsterstr. 16 Dortmund Münsterstr. 16
Sonntag ab 3 Uhr:
Fremden- und Familien-Vorstellung.
Ab 6 Uhr:
Theater ohne Männer.
8 Künstlerinnen 1. Ranges 8
„Constantin Großberg".

Ziehung bestimmt am 3. Oktober.
Grosse Düsseldorfer Lotterie.
Gesamtgewinne i. W. Mk. **45 000.**
= Los nur Mk. **2.—**, für 2 Ziehungen gültig. =
Jülicher's Glückskollekte
Haupt-Lotterie-Bank
Dortmund, Münsterstr. 4. Tel. 1723

Stadttheater Dortmund
Wir beehren uns zur Teilnahme an der
Miete von Theaterplätzen
und zwar entweder in
Vollmiete
für 180 Abende der Spielzeit, oder in
Reihenmiete
für je 36 Vorstellungen der Buchstaben A. B **oder** C ergebenst einzuladen. — Mitteilungen über die verpflichteten Künstler, den in Aussicht genommenen Spielplan und die Bedingungen zur Miete von Theaterplätzen sind an den Kassen und bei den Kleiderablagen unentgeltlich zu haben.
Die Direktion.

Walhalla-Theater.
Ab Freitag, den 21. September:
Die indische Tänzerin.
Sensations-Detektiv-Schlager.
Sonntag: 2 Vorstellungen.

Alhambra-Theater
Westenhellweg 67. :: Fernspr. 1683.
II. Abenteuer des Weltmeister-Detektivs
Joe Jenkins
der gewiegte Detektiv bei der Lösung seines neuesten Falles
Löffelder Zelle Nr. 17
5 Spannende Akte 5 **5 Spannende Akte 5**
Geheimnisvolle Enthüllungen jener nur von Jenkins erlebten und mit riesenhafter Spannung gelösten Aufgaben. Hochinteressante Verfolgungsszenen und klug ersonnene Tricks machen diesen Film zu einem **der besten Detektiv- und Kriminal-Filme.**
Joe Jenkins, dargestellt von **Professor Leon Rains.**
4025 **III. Haupt-Film:**
Zirkus-Rivalen
Riesig spannender Sensations-Roman in 3 Akten.
II. Haupt-Film:
Eine Nacht im Hotel „Zum blauen Affen".
Lustspiel-Schlager in 3 Akten.
Größtes Orchester am Platze.

Gilden-Haus
Ostenhellweg.
Künstler-Konzerte.

Steinplatz-Bierhalle
Dortmund.
— Hansa-Bräu. —
Kunstspiel-Musikinstrument. 1460

Restaurant
Heinr. Füchtenbusch
Steinstr. 9
hält sich Freunden u. Gönnern bestens empfohlen. 4426

„Zum Nordlicht"
Wilh. Gertz
Burgholzstrasse
Ecke Haydnstrasse.
— II. Hansa-Bier. —
Aufmerksame Bedienung.

Restaurant
Zum Fass
Münsterstr. 29
Empfehle ff. Gildenbräu und gute Getränke.
Anton Schmitz.

Restaurant
„Zum Kaiser Barbarossa"
Inh.: **Heinr. Exter**
175 Münsterstr. 175.
Bringe meine Lokalitäten in empfehlende Erinnerung.
ff. Hansa-Bier. Div. Liköre.
Saal für alle Veranstaltungen

Klavierspiel in 15 Stunden
ohne Noten u. Vorkenntnisse. Schül. ohne Klavier könn. üben.
C. Miller, Königswall 84 I.

Musikalien
in schönen, billigen Ausgaben und Sammlungen (auch gebunden) am Lager. Reichhaltige Auswahl.
Gerisch & Co., Kielstr. 5.

Gutgehende Uhren u. haltbare Ketten
kaufen Sie vorteilhaft beim
Uhrmacher Brefeld
Löwenhof, Hansastr.

Bettnässen.
Befreiung sof. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. Gg. Englbrecht, san. Versandgesch. Stockdorf 42 b. München. 3881

Stadt-Theater
Sonnabend, den 22. September
7½—10½ Opernpr.
Zum 31. Male
Polenblut
Sonntag, den 23. September:
7½—10 Opernpreise
Der Troubadour

Wintergarten
DORTMUND
Brückstr. 39 Fernruf 1359.
Spielplan vom 16. bis 30. September 1917.
Täglich abends 7½ Uhr,
Sonntags 3½ und 7½ Uhr.
Zur Nachmittagsvorstellung haben Feldgraue **freien** Zutritt.
Konzert
der
Wintergarten-Kapelle
Dirigent: **Wilh. Müller.**
Maria Hansel
Wiener Soubrette.
2 Udall 2
Doppel-Jongleur-Akt.
Georg Hertel
Komiker. 4036
Emilia Rosa
Antipodenspiele.
Carla Heger
Liedersängerin.
Schwestern Stadler
Prima Ballerinnen, ehemalige Königl. Hofoper München, Verwandlungs-Kunsttänze.
Rolf Hansen
Universal-Künstler.
Café Wintergarten I. Etage
Täglich gr. Künstler-Konzerte
V. Kirchmayer,
der beliebte Sänger zur Laute.

Ein grösserer Posten **gestrichene Schlafzimmer** 2- und 3-türig, sowie **Küchen** in allen Grössen werden, solange Vorrat, noch sehr billig verkauft. **Alfred Kraus,** Möbelgeschäft, Westenhellweg 138. 4011

Die Versteigerung
der in den Monaten Juni, Juli und August 1916 von Nr. 296 500—335 975 in unserem Geschäft verpfändeten Gegenstände, **mit Ausnahme** der
Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren,
als:
Uhren, Goldwaren und Schmucksachen, Betten, Teppiche, Pelze, Schirme, Bücher, Musikinstrumente, Bilder, Spiegel, Fahrräder ohne Bereifung, Nähmaschinen usw.
findet am
Mittwoch, 26. Sept. d. J.,
morgens 9 Uhr und nachmittags 2½ Uhr beginnend, in unserem Auktionslokal **Ecke der Nikolai- u. Balkenstraße** statt.
Die beim Verkauf dieser Pfänder event. erzielten Ueberschüsse werden, wenn solche nicht erhoben, an die Armenkasse gezahlt und gehen nach Jahresfrist in das Eigentum derselben über.
Die Einlösung oder Verlängerung der zum Verkauf gestellten Pfänder muß vor dem Versteigerungstage, bis spätestens 7 Uhr abends, geschehen. 3946
A. Eick & Co.
Pfandleih-Anstalt
Dortmund. Nikolaistr. 5.

Konsum- und Sparverein
Dortmund-Hamm
Alkoholfreie Getränke
Trinkt Komoll
sehr erfrischend
Brauereien, Bierhalle
Quellenbier
ist sehr bekömmlich
Trinkt Schwerter Bier
Lindenbräu Unna.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Erscheint dreimal wöchentlich. — Zur gefl. Beachtung empfohlen.

Allgem., Verschieden.
H. Adolf Blome, Senf- und Essigfabrik
Kaffee-Geschäfte
Lindenbaum Söhne
Reinoldistr. 6 u. Borsigstr. 56
Ww. H. Weber, Eving
Butkamar
Eisen-, Stahlw., Werkzeuge
Tacke & Lindemann
Werkzeuge. Tel. 813 u. 814
Lederhandlungen
Biederbeck, K., I. Kampstr. 54.
Sargmagazine
Berensmann, M.
Weißenburgerstr. 14.

Schuhwaren
Kaufmann's Schuhhaus
Brückstraße 64.
Hövinghausen-Merklinde
Edeka-Geschäft Wilh. Plottau
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel.
Hamm u. Umg.
F. Merk, Uhren u. Goldwar., Wilhelmstr. 2.
Hörde
Otto Mess, Lebensmittel.
Lünen u. Umgeb.
Schwanen-Drogerie Heinrich Geilfuss.
Menge de
F. Dreyer, Metzg., Viktoriastr. 19.
Lorenz Peine Groß-Bäckerei u. Konditorei. Telephon 228.
L. Rhode, Metzgerei.

Haus- u. Küchengeräte
Sommer Rheinische Str. 9½
Brambauer
Aug. Bremke, Dampfbäckerei
Hombruch-Barop
Lebensmittelhaus Otto Mess.
Etablissements u. Wirtschaften zum Besuch empfohlen.
Hch. Stades Spezial-Ausschank
Zur Quelle Karl Becker | A. Herkelmann Adelienstr. 35
Schüren
Trinkt Milch
in den
Milch-Häuschen
d. Gemeinnütz. Gesellschaft f. Milchausschank in Rheinland und Westfalen.